

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I *Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Verordnung (EWG) Nr. 987/91 der Kommission vom 23. April 1991 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen	1
Verordnung (EWG) Nr. 988/91 der Kommission vom 23. April 1991 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden	3
Verordnung (EWG) Nr. 989/91 der Kommission vom 23. April 1991 über die Eröffnung einer Dauerausschreibung für den Wiederverkauf auf dem Binnenmarkt von 5 000 Tonnen Gerste aus Beständen der irischen Interventionsstelle	5
Verordnung (EWG) Nr. 990/91 der Kommission vom 22. April 1991 über Lieferungen von Getreide im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe	6
* Verordnung (EWG) Nr. 991/91 der Kommission vom 23. April 1991 mit endgültigen Maßnahmen betreffend die Erteilung von EHM-Lizenzen im Sektor Rindfleisch für den Handelsverkehr mit Spanien	16
* Verordnung (EWG) Nr. 992/91 der Kommission vom 23. April 1991 zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 1105/68 und (EWG) Nr. 1634/85 hinsichtlich der für Magermilch und Magermilchpulver zu Futterzwecken zu gewährenden Beihilfen	17
* Verordnung (EWG) Nr. 993/91 der Kommission vom 23. April 1991 über die Durchführungsbestimmungen für die Gewährung von Beihilfen für die private Lagerhaltung lagerfähiger Käsesorten	18
Verordnung (EWG) Nr. 994/91 der Kommission vom 23. April 1991 zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden Berichtigung	21
Verordnung (EWG) Nr. 995/91 der Kommission vom 23. April 1991 zur Aufhebung der Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Gurken mit Ursprung auf den Kanarischen Inseln	23
Verordnung (EWG) Nr. 996/91 der Kommission vom 23. April 1991 zur Aufhebung der Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Gurken mit Ursprung in Polen	24

Inhalt (Fortsetzung)

Verordnung (EWG) Nr. 997/91 der Kommission vom 23. April 1991 zur Aufhebung der Ausgleichsabgabe und Wiedereinführung des Präferenzzolls bei der Einfuhr von Tomaten mit Ursprung in der Türkei	25
Verordnung (EWG) Nr. 998/91 der Kommission vom 23. April 1991 zur Festsetzung der Höhe der variablen Schlachtpremie für Schafe in Großbritannien und der Beträge, die auf die das Gebiet 1 verlassenden Erzeugnisse zu erheben sind	26
Verordnung (EWG) Nr. 999/91 der Kommission vom 23. April 1991 zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Weiß- und Rohzucker	29
Verordnung (EWG) Nr. 1000/91 der Kommission vom 23. April 1991 zur Änderung des Grundbetrags der Einfuhrabschöpfung für Sirupe und bestimmte andere Erzeugnisse des Zuckersektors	31
Verordnung (EWG) Nr. 1001/91 der Kommission vom 23. April 1991 zur Festsetzung der Beihilfe für Ölsaaten	33
Verordnung (EWG) Nr. 1002/91 der Kommission vom 23. April 1991 zur Festsetzung der Beihilfe für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen	36
Verordnung (EWG) Nr. 1003/91 der Kommission vom 23. April 1991 zur Festsetzung des Beihilfebetrags für Sojabohnen	43

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Kommission

91/233/EWG :

- * **Entscheidung der Kommission vom 9. April 1991 über einen Antrag auf Erstattung von Antidumpingzöllen, die auf die Einfuhren bestimmter CD-Spieler mit Ursprung in Japan erhoben wurden (Harman Deutschland)** 44

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EWG) Nr. 987/91 DER KOMMISSION

vom 23. April 1991

zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen
oder Roggen anwendbaren EinfuhrabschöpfungenDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 3577/90⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 13
Absatz 5,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates
vom 11. Juni 1985 über den Wert der Rechnungseinheit
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-
wendenden Umrechnungskurse⁽³⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 2205/90⁽⁴⁾, insbesondere auf
Artikel 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die bei der Einfuhr von Getreide, Mehlen von Weizen
und Roggen, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen zu
erhebenden Abschöpfungen sind durch die Verordnung
(EWG) Nr. 533/91 der Kommission⁽⁵⁾ und die später zu
ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt
worden.Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsrege-
lung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der
Abschöpfungen zugrunde zu legen :— für Währungen, die untereinander zu jedem Zeit-
punkt innerhalb einer maximalen Abweichung inHöhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-
nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser
Währungen stützt, multipliziert mit dem Berich-
tigungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter
Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85,
— für die übrigen Währungen ein Umrechnungskurs,
der sich auf den Durchschnitt der im *Amtsblatt der
Europäischen Gemeinschaften*, Reihe C, in einem
bestimmten Zeitraum veröffentlichten Ecu-Umrech-
nungskurse stützt und auf den der im vorausgehenden
Gedankenstrich genannte Koeffizient angewandt wird.Diese Wechselkurse sind die am 22. April 1991 festge-
stellten Kurse.Der vorgenannte Berichtigungsfaktor bezieht sich auf alle
Berechnungselemente der Abschöpfung, einschließlich
der Äquivalenzkoeffizienten.Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr.
533/91 enthaltenen Bestimmungen auf die heutigen
Angebotspreise und Notierungen, von denen die
Kommission Kenntnis hat, führt zu einer Änderung der
gegenwärtig gültigen Abschöpfungen, wie im Anhang zu
dieser Verordnung angegeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

*Artikel 1*Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 Buchstaben a), b) und
c) der Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 genannten Erzeu-
gnisse zu erhebenden Abschöpfungen werden im Anhang
festgesetzt.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 24. April 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. April 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 23.⁽³⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 9.⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 59 vom 6. 3. 1991, S. 1.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 23. April 1991 zur Festsetzung der auf Getreide, Mehle, Grobgrieß und Feingrieß von Weizen oder Roggen anwendbaren Einfuhrabschöpfungen

(ECU/Tonne)

KN-Code	Abschöpfungsbetrag
0709 90 60	130,26 ⁽¹⁾ ⁽²⁾
0712 90 19	130,26 ⁽²⁾ ⁽³⁾
1001 10 10	189,24 ⁽¹⁾ ⁽³⁾
1001 10 90	189,24 ⁽¹⁾ ⁽³⁾
1001 90 91	162,05
1001 90 99	162,05
1002 00 00	151,05 ⁽⁴⁾
1003 00 10	144,36
1003 00 90	144,36
1004 00 10	136,74
1004 00 90	136,74
1005 10 90	130,26 ⁽²⁾ ⁽³⁾
1005 90 00	130,26 ⁽²⁾ ⁽³⁾
1007 00 90	134,70 ⁽⁴⁾
1008 10 00	41,68
1008 20 00	133,21 ⁽⁴⁾
1008 30 00	49,58 ⁽⁵⁾
1008 90 10	(7)
1008 90 90	49,58
1101 00 00	241,40 ⁽⁶⁾
1102 10 00	226,00 ⁽⁶⁾
1103 11 10	306,90 ⁽⁶⁾
1103 11 90	259,07 ⁽⁶⁾

⁽¹⁾ Für Hartweizen mit Ursprung in Marokko, der unmittelbar von diesem Land in die Gemeinschaft befördert wird, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.

⁽²⁾ Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 715/90 werden keine Abschöpfungen unmittelbar bei der Einfuhr von Erzeugnissen mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean oder in den überseeischen Ländern und Gebieten in die französischen überseeischen Departements erhoben.

⁽³⁾ Für Mais mit Ursprung in den AKP-Staaten oder den ÜLG wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft um 1,81 ECU je Tonne verringert.

⁽⁴⁾ Für Hirse und Sorghum mit Ursprung in den AKP-Staaten oder den ÜLG wird die Abschöpfung bei der Einfuhr in die Gemeinschaft gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 715/90 erhoben.

⁽⁵⁾ Für Hartweizen und Kanariensaat, die in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert worden sind, wird die Abschöpfung um 0,60 ECU je Tonne verringert.

⁽⁶⁾ Die zu erhebende Abschöpfung auf Roggen, der vollständig in der Türkei erzeugt und unmittelbar aus diesem Land in die Gemeinschaft befördert wurde, wird durch die Verordnungen (EWG) Nr. 1180/77 des Rates (ABl. Nr. L 142 vom 9. 6. 1977, S. 10) und (EWG) Nr. 2622/71 der Kommission (ABl. Nr. L 271 vom 10. 12. 1971, S. 22) bestimmt.

⁽⁷⁾ Bei der Einfuhr von Erzeugnissen des KN-Codes 1008 90 10 (Triticale) wird die Abschöpfung von Roggen erhoben.

⁽⁸⁾ Die Abschöpfung wird bei der Einfuhr in Portugal um den in Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3808/90 genannten Betrag erhöht.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 988/91 DER KOMMISSION

vom 23. April 1991

**zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl
und Malz hinzugefügt werden**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Getreide ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 3577/90 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 15
Absatz 6,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates
vom 11. Juni 1985 über den Wert der Rechnungseinheit
und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzu-
wendenden Umrechnungskurse ⁽³⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 2205/90 ⁽⁴⁾, insbesondere auf
Artikel 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Prämien, die den Abschöpfungen für Getreide und
Malz hinzugefügt werden, sind durch die Verordnung
(EWG) Nr. 3845/90 der Kommission ⁽⁵⁾ und die später zu
ihrer Änderung erlassenen Verordnungen festgesetzt
worden.

Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsrege-
lung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der
Abschöpfungen zugrunde zu legen :

— für Währungen, die untereinander zu jedem Zeit-
punkt innerhalb einer maximalen Abweichung in

Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-
nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser
Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichti-
gungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter
Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85,

— für die übrigen Währungen ein Umrechnungskurs,
der sich auf den Durchschnitt der im *Amtsblatt der
Europäischen Gemeinschaften*, Reihe C, in einem
bestimmten Zeitraum veröffentlichten Ecu-Umrech-
nungskurse stützt und auf den der im voraufgehenden
Gedankenstrich genannte Koeffizient angewandt wird.

Diese Wechselkurse sind die am 22. April 1991 festge-
stellten Kurse.

Aufgrund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-
Preise für Terminkäufe werden die zur Zeit geltenden
Prämien, die den Abschöpfungen hinzugefügt werden,
wie im Anhang zu dieser Verordnung angegeben geän-
dert —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Prämien, die den nach Artikel 15 der Verordnung
(EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten Abschöp-
fungen für Einfuhren von Getreide und Malz aus Dritt-
ländern hinzuzufügen sind, sind im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 24. April 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. April 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 23.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 9.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 367 vom 29. 12. 1990, S. 10.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 23. April 1991 zur Festsetzung der Prämien, die den Einfuhrabschöpfungen für Getreide, Mehl und Malz hinzugefügt werden

A. Getreide und Mehl

(ECU/Tonne)

KN-Code	laufender Monat 4	1. Term. 5	2. Term. 6	3. Term. 7
0709 90 60	0	0	0	0
0712 90 19	0	0	0	0
1001 10 10	0	0	0	0
1001 10 90	0	0	0	0
1001 90 91	0	0	0	0
1001 90 99	0	0	0	0
1002 00 00	0	0	0	0
1003 00 10	0	0	0	0
1003 00 90	0	0	0	0
1004 00 10	0	0	0	0
1004 00 90	0	0	0	0
1005 10 90	0	0	0	0
1005 90 00	0	0	0	0
1007 00 90	0	0	0	0
1008 10 00	0	0	0	0
1008 20 00	0	0	0	0
1008 30 00	0	0	0	0
1008 90 90	0	0	0	0
1101 00 00	0	0	0	0

B. Malz

(ECU/Tonne)

KN-Code	laufender Monat 4	1. Term. 5	2. Term. 6	3. Term. 7	4. Term. 8
1107 10 11	0	0	0	0	0
1107 10 19	0	0	0	0	0
1107 10 91	0	0	0	0	0
1107 10 99	0	0	0	0	0
1107 20 00	0	0	0	0	0

VERORDNUNG (EWG) Nr. 989/91 DER KOMMISSION

vom 23. April 1991

über die Eröffnung einer Dauerausschreibung für den Wiederverkauf auf dem Binnenmarkt von 5 000 Tonnen Gerste aus Beständen der irischen Interventionsstelle

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorganisation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3577/90⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 6,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 3 der Verordnung (EWG) Nr. 1581/86 des Rates vom 23. Mai 1986 zur Festlegung der Grundregeln für die Intervention bei Getreide⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2203/90⁽⁴⁾, wird Getreide aus Beständen der Interventionsstellen durch Ausschreibungen verkauft.

Die Verfahren und Bedingungen eines Verkaufs von Getreide aus Beständen der Interventionsstellen wurden mit der Verordnung (EWG) Nr. 1836/82 der Kommission⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2619/90⁽⁶⁾, festgelegt.

Angesichts der heutigen Marktlage ist es zweckmäßig, zum Wiederverkauf auf dem Binnenmarkt von 5 000 Tonnen Gerste aus Beständen der irischen Interventionsstelle eine Dauerausschreibung zu eröffnen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Getreide —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die irische Interventionsstelle führt zum Wiederverkauf auf dem Binnenmarkt von 5 000 Tonnen Gerste aus ihren Beständen eine Dauerausschreibung gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1836/82 durch.

Artikel 2

- (1) Die Angebotsfrist für die erste Teilausschreibung läuft am 2. Mai 1991 aus.
- (2) Die Angebotsfrist für die letzte Teilausschreibung endet am 30. Mai 1991.
- (3) Die Angebote sind bei der irischen Interventionsstelle zu hinterlegen :

Department of Agricultural and Food, Cereals Division, Agriculture House, Kildare Street, IRL-Dublin 2 (Telex : AGRI EI 5118 ; Telefax : 616263).

Artikel 3

Die irische Interventionsstelle teilt der Kommission spätestens am Dienstag der Woche nach dem Ablauf der Angebotsfrist die Menge und die Durchschnittspreise der jeweils verkauften Partien mit.

Artikel 4

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. April 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.
⁽²⁾ ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 23.
⁽³⁾ ABl. Nr. L 139 vom 24. 5. 1986, S. 36.
⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 5.
⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 202 vom 9. 7. 1982, S. 23.
⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 249 vom 12. 9. 1990, S. 8.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 990/91 DER KOMMISSION

vom 22. April 1991

über Lieferungen von Getreide im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 des Rates
vom 22. Dezember 1986 über die Nahrungsmittelhilfe-
politik und -verwaltung⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 1930/90⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c),

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 1420/87 des Rates vom
21. Mai 1987 zur Festlegung von Durchführungsbestim-
mungen zu der Verordnung (EWG) Nr. 3972/86 über die
Nahrungsmittelhilfepolitik und -verwaltung⁽³⁾ wurde die
Liste der für die Nahrungsmittelhilfe in Betracht
kommenden Länder und Organisationen und der für die
Beförderung der Nahrungsmittellieferung über die fob-
Stufe hinaus geltenden allgemeinen Kriterien festgelegt.

Die Kommission hat infolge mehrerer Beschlüsse über
die Nahrungsmittelhilfe bestimmten Ländern und
Empfängerorganisationen 28 584,88 Tonnen Getreide
zugeteilt.

Diese Bereitstellungen erfolgen nach der Verordnung
(EWG) Nr. 2200/87 der Kommission vom 8. Juli 1987
über allgemeine Durchführungsbestimmungen für die
Bereitstellung und Lieferung von Waren im Rahmen der

Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft⁽⁴⁾, geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 790/91⁽⁵⁾. Zu diesem Zweck
sollten insbesondere die Lieferfristen und -bedingungen
sowie das Verfahren zur Bestimmung der sich daraus
ergebenden Kosten genauer festgelegt werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe der Gemeinschaft
wird Getreide bereitgestellt zur Lieferung an die in den
Anhängen aufgeführten Begünstigten gemäß Verordnung
(EWG) Nr. 2200/87 zu den in den Anhängen aufge-
führten Bedingungen. Die Zuteilung der Lieferungen
erfolgt im Wege der Ausschreibung.

Es wird davon ausgegangen, daß der Zuschlagsempfänger
die geltenden allgemeinen und besonderen Geschäftsbe-
dingungen kennt und akzeptiert. Andere in seinem
Angebot enthaltene Bedingungen oder Vorbehalte gelten
als nicht geschrieben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffent-
lichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*
in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 22. April 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 370 vom 30. 12. 1986, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 174 vom 7. 7. 1990, S. 6.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 136 vom 26. 5. 1987, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 204 vom 25. 7. 1987, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 81 vom 28. 3. 1991, S. 108.

ANHANG I

PARTIE A

1. **Maßnahme Nr. (1):** 1254/90
2. **Programm:** 1990
3. **Begünstigter (2):** Komoren
4. **Vertreter des Begünstigten (3):** Monsieur Ahmed Abdallah Sourette, Ministre des finances, de l'économie, du budget et du plan, BP 324, Moroni (Tel.: 21767 — Moroni)
5. **Bestimmungsort oder -land:** Komoren
6. **Bereizustellendes Erzeugnis:** Geschliffener Reis (Erzeugniscode 1006 30 92 900)
7. **Merkmale und Qualität der Ware (4):** Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 3, veröffentlichtes Verzeichnis (unter II A 10)
8. **Gesamtmenge:** 833 Tonnen (2 000 Tonnen Getreide)
9. **Anzahl der Partien:** 1 (2 Teilmengen: A 1: 500 Tonnen; A 2: 333 Tonnen)
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (5):** Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 3, veröffentlichtes Verzeichnis (unter II B 1 a)). Beschriftung der Säcke (mit Buchstaben von mindestens 5 cm Höhe): „ACTION N° 1254/90 / RIZ / COMMUNAUTÉ ÉCONOMIQUE EUROPÉENNE“
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses:** Gemeinschaftsmarkt
12. **Lieferstufe:** frei Löschhafen — gelöscht
13. **Verschiffungshafen:** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen:** —
15. **Löschhafen:** A 1: Moroni (Grande Comore); A 2: Mutsamudu (Anjouan)
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens:** —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Falle eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen:** 1. — 15. 6. 1991
18. **Lieferfrist:** 15. 7. 1991
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten:** Ausschreibung
20. **Bei Ausschreibung, Frist für die Angebotsabgabe:** 6. 5. 1991, 12.00 Uhr
21. **Im Falle einer zweiten Ausschreibung:**
 - a) Frist für die Angebotsabgabe: 21. 5. 1991, 12.00 Uhr
 - b) Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen im Falle eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen: 15. — 29. 6. 1991
 - c) Lieferfrist: 29. 7. 1991
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie:** 5 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie:** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Angebotsabgabe (6):**

Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur N. Arend, Bâtiment Loi 120, bureau 7/46, 200, rue de la Loi, B-1049 Bruxelles, Telex AGREC 22037 B oder 25670 B
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (7):** Die am 29. 4. 1991 gültige und durch die Verordnung (EWG) Nr. 712/91 der Kommission (ABl. Nr. L 77 vom 23. 3. 1991, S. 38) festgesetzte Erstattung

PARTIEN B, C und D

1. **Maßnahme Nr. (1)**: Siehe Anhang II
2. **Programm**: 1990
3. **Begünstigter (2)**: Ligue des Sociétés de la Croix-Rouge et du Croissant-Rouge / Service logistique, BP 372, CH-1211 Genève 19 / Suisse — Tel.: 734 55 80 — Telex: 41 21 33 LRCS CH — Telefax: 733 03 95
4. **Vertreter des Begünstigten (2)**: Siehe Anhang II
5. **Bestimmungsort oder -land**: Siehe Anhang II
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis**: Geschliffener Reis (Erzeugniscode 1006 30 94 900)
7. **Merkmale und Qualität der Ware (3) (10)**: Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 3, veröffentlichtes Verzeichnis (unter II A 10)
8. **Gesamtmenge**: 600 Tonnen (1 440 Tonnen Getreide)
9. **Anzahl der Partien**: 3 (B: 300 Tonnen; C: 100 Tonnen; D: 200 Tonnen)
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (4) (11)**: Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 3, veröffentlichtes Verzeichnis (unter II B 1 c). Beschriftung der Säcke (mit Buchstaben von mindestens 5 cm Höhe): Siehe Anhang II
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses**: Markt der Gemeinschaft (6)
12. **Lieferstufe**: frei Löschhafen — gelöscht
13. **Verschiffungshafen**: —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen**: B: Algier, C: Tunis-Radès, D: Hodeida
15. **Löschhafen**: —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens**: —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Falle eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen**: B und D: 1. — 15. 6. 1991; C: 1. — 16. 9. 1991
18. **Lieferfrist**: B und D: 30. 6. 1991; C: 24. 9. 1991
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten**: Ausschreibung
20. **Bei Ausschreibung, Frist für die Angebotsabgabe**: 6. 5. 1991, 12 Uhr
21. **Im Falle einer zweiten Ausschreibung**:
 - a) Frist für die Angebotsabgabe: 21. 5. 1991, 12 Uhr
 - b) Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen im Falle eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen: B und D: 15. — 29. 6. 1991; C: 1. — 16. 9. 1991
 - c) Lieferfrist: B und D: 14. 7. 1991; C: 24. 9. 1991
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie**: 5 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie**: 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Angebotsabgabe (7)**: Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur N. Arend, bâtiment Loi 120, bureau 7/46, 200, rue de la Loi, B-1049 Bruxelles (Telex AGREC 22037 B oder 25670 B)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (8)**: Die am 29. 4. 1991 gültige und durch die Verordnung (EWG) Nr. 712/91 der Kommission (ABl. Nr. L 77 vom 23. 3. 1991, S. 38) festgesetzte Erstattung

PARTIE E

1. **Maßnahme Nr. (1):** 1270/90
2. **Programm:** 1990
3. **Begünstigter (2):** Ligue des sociétés de la Croix-Rouge et du Croissant-Rouge, service logistique, case postale 372, CH-1211 Genève 19 (Telex: 41 21 33 LRCS CH; Tel.: 734 55 80, Telefax: 733 03 95)
4. **Vertreter des Begünstigten (2):** Cruz Roja Boliviana — Ave. Simón Bolívar n° 1515 — La Paz (Tel.: 34 09 48 / 32 65 68, Telex 3318 BOLCRUZ)
5. **Bestimmungsort oder -land:** Bolivien
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis:** Haferflocken
7. **Merkmale und Qualität der Ware (3) (10):**
Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, Seite 3, veröffentlichtes Verzeichnis (II A 9)
8. **Gesamtmenge:** 120 Tonnen (206,88 Tonnen Getreide)
9. **Anzahl der Partien:** 1
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (4):**
Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, Seite 3, veröffentlichtes Verzeichnis (II B 3).
In Containern von 20 Fuß.
Beschriftung der Säcke (mit Buchstaben von mindestens 5 cm Höhe):
„ACCIÓN N° 1270/90 — ein rotes Kreuz — COPOS DE AVENA / DONACIÓN DE LA COMUNIDAD ECONÓMICA EUROPEA / ACCIÓN DE LA LIGA DE LAS SOCIEDADES DE LA CRUZ ROJA Y DE LA MEDIA LUNA ROJA (LICROSS) / DISTRIBUCIÓN GRATUITA / LA PAZ“
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses:** Markt der Gemeinschaft (12)
12. **Lieferstufe:** frei Bestimmungsort
13. **Verschiffungshafen:** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen:** —
15. **Löschhafen:** —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens:**
Almacenes de la Cruz Roja, Calle Cuba n° 1155, La Paz
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Falle eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen:** 1. — 9. 9. 1991
18. **Lieferfrist:** 30. 10. 1991
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten:** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe:** 6. 5. 1991, 12 Uhr
21. **Im Falle einer zweiten Ausschreibung:**
 - a) **Frist für die Angebotsabgabe:** 21. 5. 1991, 12 Uhr
 - b) **Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen im Falle eines Zuschlags frei Verschiffungshafen:** 1. — 9. 9. 1991
 - c) **Lieferfrist:** 30. 10. 1991
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie:** 5 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie:** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Angebotsabgabe (5):**
Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur N. Arend, Bâtiment Loi 120, bureau 7/46, rue de la Loi 200, B-1049 Bruxelles (Telex: AGREC 22037 B oder 25670 B)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (6):**
Die am 29. 4. 1991 gültige und durch die Verordnung (EWG) Nr. 712/91 der Kommission (ABl. Nr. L 77 vom 23. 3. 1991, S. 38) festgesetzte Erstattung

PARTIEN F und G

1. **Maßnahmen Nrn. (1):** 961/89 und 1258/90
2. **Programm:** 1989 und 1990
3. **Begünstigter (2):** Ligue des sociétés de la Croix-Rouge et du Croissant-Rouge, service logistique, boîte postale 372, CH-1211 Genève 19 (Tel.: 734 55 80; Telex: 41 21 33 LRCS CH, Telefax: 733 03 95)
4. **Vertreter des Begünstigten (3):** Croissant-Rouge Algérie — 15bis, bld. Mohamed V, Alger, Tel. 264 57 27/28, Telex: HILAL 67356 DZ oder 66442 CRA DZ
5. **Bestimmungsort oder -land:** Algerien
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis:** Weichweizenmehl
7. **Merkmale und Qualität der Ware (4)(10):**
Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 3, veröffentlichtes Verzeichnis (unter II A 6)
8. **Gesamtmenge:** 600 Tonnen (822 Tonnen Getreide)
9. **Anzahl der Partien:** 2 (F: 300 Tonnen; G: 300 Tonnen)
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (4)(11):**
Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 3, veröffentlichtes Verzeichnis (unter II B 2 c).
Beschriftung der Säcke (mit Buchstaben von mindestens 5 cm Höhe):
„ACTION N° 961/89 (oder ACTION N° 1258/90) / ein roter Halbmond, dessen Enden nach rechts gerichtet sind / FARINE DE FROMENT TENDRE / DON DE LA COMMUNAUTÉ ÉCONOMIQUE EUROPÉENNE / ACTION DE LA LIGUE DES SOCIÉTÉS DE LA CROIX-ROUGE ET DU CROISSANT-ROUGE (LICROSS) / POUR DISTRIBUTION GRATUITE / ALGER“
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses:** Markt der Gemeinschaft
12. **Lieferstufe:** frei Löschhafen — gelöscht
13. **Verschiffungshafen:** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen:** —
15. **Löschhafen:** Algier
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens:** —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Falle eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen:** 1. — 15. 6. 1991
18. **Lieferfrist:** 30. 6. 1991
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten:** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe:** 6. 5. 1991, 12 Uhr
21. **Im Falle einer zweiten Ausschreibung:**
 - a) Frist für die Angebotsabgabe: 21. 5. 1991, 12 Uhr
 - b) Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen im Falle eines Zuschlags frei Verschiffungshafen: 15. — 29. 6. 1991
 - c) Lieferfrist: 14. 7. 1991
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie:** 5 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie:** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Angebotsabgabe (5):**
Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur N. Arend, bâtiment Loi 120, bureau 7/46, 200, rue de la Loi, B-1049 Bruxelles (Telex AGREC 22037 B / 25670 B)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (6):** Die am 29. 4. 1991 gültige und durch die Verordnung (EWG) Nr. 712/91 der Kommission (ABl. Nr. L 77 vom 23. 3. 1991, S. 38) festgesetzte Erstattung

PARTIEN H und I

1. **Maßnahmen Nrn. (¹):** 1267/90 und 1263/90
2. **Programm :** 1990
3. **Begünstigter (²):** Ligue des sociétés de la Croix-Rouge et du Croissant-Rouge, Service logistique, boîte postale 372, CH-1211 Genève 19 (Telex : 41 21 33 LRCS CH ; Tel. : 734 55 80, Telefax 733 03 95)
4. **Vertreter der Begünstigten (²):** Croissant-Rouge Tunisien, 19, rue d'Angleterre, Tunis 1000 (Telex 14524 HILAL TN ; Tel. 24 06 30/24 55 72)
5. **Bestimmungsort oder -land :** Tunesien
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis :** Partie H : Hartweizen ; Partie I : Weichweizen
7. **Merkmale und Qualität der Ware (³):** Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 3, veröffentlichtes Verzeichnis (unter II A 2) : Partie H ; (unter II A 1) : Partie I
8. **Gesamtmenge :** 400 Tonnen
9. **Anzahl der Partien :** 2 (H : 200 Tonnen ; I : 200 Tonnen)
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (³) (¹¹) :**
Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 3, veröffentlichtes Verzeichnis (unter II B 1 c)). Beschriftung der Säcke (Buchstaben von mindestens 5 cm Höhe) : Siehe Anhang II
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses :** Markt der Gemeinschaft (⁸)
12. **Lieferstufe :** frei Lösshafen — gelöscht
13. **Verschiffungshafen :** —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Lösshafen :** —
15. **Lösshafen :** Tunis-Radès
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Lösshafens :** —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen im Falle eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen :** Partie H : 15. — 30. 5. 1991 ; Partie I : 15. — 30. 9. 1991
18. **Lieferfrist :** Partie H : 15. 6. 1991 ; Partie I : 10. 10. 1991
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten :** Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe :** 6. 5. 1991, 12 Uhr
21. **Im Falle einer zweiten Ausschreibung :**
 - a) **Frist für die Angebotsabgabe :** 21. 5. 1991, 12 Uhr
 - b) **Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen im Falle eines Zuschlags für eine Lieferung frei Verschiffungshafen :** Partie H : 29. 5. — 14. 6. 1991 ; Partie I : 15. — 30. 9. 1991
 - c) **Lieferfrist :** Partie H : 29. 6. 1991 ; Partie I : 10. 10. 1991
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie :** 5 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie :** 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Angebotsabgabe (⁹) :**
Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur N. Arend, bâtiment Loi 120, bureau 7/46, 200, rue de la Loi, B-1049 Bruxelles (Telex : AGREC 22037 B)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (⁹) :** Die am 29. 4. 1991 gültige und durch die Verordnung (EWG) Nr. 712/91 (ABl. Nr. L 77 vom 23. 3. 1991, S. 38) festgesetzte Erstattung

PARTIE K

1. **Maßnahmen Nrn. (1)**: 57/91 bis 59/91
2. **Programm**: 1991
3. **Begünstigter (2)**: Euronaid, Rhijngeesterstraatweg 40, Postbus 77, NL-2340 AB Oegstgeest
4. **Vertreter des Begünstigten (2)**: Siehe ABl. Nr. C 103 vom 16. 4. 1987
5. **Bestimmungsort oder -land**: Sudan
6. **Bereitzustellendes Erzeugnis**: Weichweizen
7. **Merkmale und Qualität der Ware (3) (4)**: Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 3, veröffentlichtes Verzeichnis (unter II A 1)
8. **Gesamtmenge**: 23 716 Tonnen
9. **Anzahl der Partien**: 1. 3 Teilmengen (K 1 : 9 000 Tonnen ; K 2 : 10 000 Tonnen ; K 3 : 4 716 Tonnen)
10. **Aufmachung und Kennzeichnung (5) (6)**: Siehe im ABl. Nr. C 216 vom 14. 8. 1987, S. 3, veröffentlichtes Verzeichnis (unter II B 1 c)). Beschriftung der Säcke (mit Buchstaben von mindestens 5 cm Höhe): Siehe Anhang II
11. **Art der Bereitstellung des Erzeugnisses**: Markt der Gemeinschaft
12. **Lieferstufe**: frei Verschiffungshafen — fob gestaut (15)
13. **Verschiffungshafen**: —
14. **Vom Begünstigten bezeichneter Löschhafen**: —
15. **Löschhafen**: —
16. **Anschrift des Lagers und gegebenenfalls des Löschhafens**: —
17. **Zeitraum der Bereitstellung im Verschiffungshafen**: vor dem 15. 6. 1991
18. **Lieferfrist**: —
19. **Verfahren zur Feststellung der Lieferkosten**: Ausschreibung
20. **Frist für die Angebotsabgabe**: 6. 5. 1991, 12 Uhr
21. **Im Falle einer zweiten Ausschreibung**:
 - a) **Frist für die Angebotsabgabe**: 21. 5. 1991, 12 Uhr
 - b) **Zeitraum für die Bereitstellung im Verschiffungshafen**: vor dem 15. 6. 1991
 - c) **Lieferfrist**: —
22. **Höhe der Ausschreibungsgarantie**: 5 ECU/Tonne
23. **Höhe der Lieferungsgarantie**: 10 % des Angebotsbetrags, ausgedrückt in Ecu
24. **Anschrift für die Angebotsabgabe (7)**:

Bureau de l'aide alimentaire, à l'attention de Monsieur N. Arend, bâtiment Loi 120, bureau 7/46, 200, rue de la Loi, B-1049 Bruxelles (Telex AGREC 22037 B / 25670 B)
25. **Erstattung auf Antrag des Zuschlagsempfängers (8)**:

Die am 29. 4. 1991 gültige und durch die Verordnung (EWG) Nr. 712/91 der Kommission (ABl. Nr. L 77 vom 23. 3. 1991, S. 38) festgesetzte Erstattung

Vermerke:

- (1) Die Nummer der Maßnahme ist im gesamten Schriftverkehr anzugeben.
- (2) Vom Zuschlagsempfänger zu kontaktierender Vertreter der Kommission:
Siehe im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* Nr. C 227 vom 7. September 1985, Seite 4, veröffentlichtes Verzeichnis.
- (3) Der Zuschlagsempfänger übergibt dem Begünstigten eine von einer amtlichen Stelle stammende Bescheinigung, aus der hervorgeht, daß die in dem betreffenden Mitgliedstaat geltenden Normen betreffend die Kernstrahlung für die zu liefernde Ware nicht überschritten worden sind.
In der Bescheinigung über die radioaktive Belastung ist der Gehalt an Cäsium 134 und 137 und an Jod 131 anzugeben.
Der Zuschlagsempfänger überreicht dem Empfänger oder seinem Vertreter bei der Lieferung folgende Dokumente:
— Ursprungszeugnis (Partien B, C, D, E, F, G, H, I und K),
— pflanzengesundheitliches Zeugnis (Partien B, C, D, F, G, H, I und K).
- (4) Im Hinblick auf eine eventuelle Umfüllung muß der Zuschlagsempfänger 2 % leere Säcke derselben Qualität wie die die Ware enthaltenden Säcke liefern. Diese Säcke müssen außer der Aufschrift auch ein großes R tragen.
- (5) Um den Fernschreiber nicht zu überlasten, werden die Bieter gebeten, den Nachweis der Stellung der in Artikel 7 Absatz 4 Buchstabe a) der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 aufgeführten Ausschreibungsgarantie vor dem in Ziffer 20 dieses Anhangs angegebenen Zeitpunkt vorzugsweise wie folgt zu erbringen:
— entweder durch Boten an das in Ziffer 24 dieses Anhangs aufgeführte Büro
— oder per Telefax an eine der folgenden Nummern in Brüssel:
— 235 01 32,
— 236 10 97,
— 235 01 30,
— 236 20 05.
- (6) Die Verordnung (EWG) Nr. 2330/87 der Kommission (ABl. Nr. L 210 vom 1. 8. 1987, S. 56), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2226/89 (ABl. Nr. L 214 vom 25. 7. 1989, S. 10), ist anwendbar, was die Ausfuhrerstattung und gegebenenfalls die Währungs- und Beitrittsausgleichsbeträge, den repräsentativen Kurs und den monetären Koeffizienten anbelangt. Der in Artikel 2 der gleichen Verordnung aufgeführte Tag ist derjenige, welcher in Ziffer 25 dieses Anhangs angegeben ist.
- (7) Vom Zuschlagsempfänger zu kontaktierender Vertreter der Kommission:
M. Aubenas, Délégué CCE, BP 559 Moroni, Telex: 212 DELCEC KO, Tel.: 73 31 91.
- (8) Die Versandpapiere müssen von der diplomatischen Vertretung im Ausfuhrland beglaubigt sein.
- (9) Der Zuschlagsempfänger tritt mit dem Begünstigten baldmöglichst zur Bestimmung der erforderlichen Versandbescheinigungen in Verbindung.
- (10) Bei der Lieferung übermittelt der Zuschlagsempfänger dem Vertreter des Begünstigten ein Zeugnis über Begasung (Partien B, D, E, F und G).
- (11) Auf standardisierten Paletten unter Plastikfilm zu liefern.
- (12) Schenkungsbescheinigung, von einem Konsulat Boliviens legalisiert.
- (13) Der Lieferant sendet ein Duplikat der Originalrechnung an:
M. De Keyzer und Schütz BV, Postbus 1438, Blaak 16, NL-3000 BK Rotterdam.
- (14) Radioaktivitätsbescheinigung, von einem Konsulat des Sudans legalisiert.
- (15) Abweichend von Artikel 7 Absatz 3 Buchstabe f) und Artikel 13 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2200/87 muß der angebotene Preis die Verlade- und Lagerkosten einschließen. Für die Verladung und Lagerung ist der Zuschlagsempfänger verantwortlich.

ANEXO II — BILAG II — ANHANG II — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ ΙΙ — ANNEXE II — ALLEGATO II — BIJLAGE II — ANEXO II

Designación del lote Parti	Cantidad total del lote (en toneladas) Totalmængde (tons) Gesamtmenge der Partie (in Tonnen) Συνολική ποσότητα της παρτίδας (σε τόνους)	Cantidades parciales (en toneladas) Delmængde (tons) Teilmenge (in Tonnen) Μερικές ποσότητες (σε τόνους)	Beneficiario Modtager	Representante del beneficiario Modtagerens representant	Pais destinatario Modtagerland	Inscripción en el embalaje Emballagens påtegning Aufschrift auf der Verpackung Ένδειξη επί της συσκευασίας
Lot	Total quantity (in tonnes)	Partial quantities (in tonnes)	Beneficiary	Representative of the recipient	Recipient country	Markings on the packaging
Désignation du lot	Quantité totale du lot (en tonnes)	Quantités partielles (en tonnes)	Bénéficiaire	Représentant du bénéficiaire	Pays destinataire	Inscription sur l'emballage
Designazione della partita	Quantità totale della partita (in tonnellate)	Quantitativi parziali (in tonnellate)	Beneficiario	Rappresentante del beneficiario	Paese destinatario	Iscrizione sull'imballaggio
Aanduiding van de partij	Totale hoeveelheid van de partij (in ton)	Deelhoeveelheden (in ton)	Begunstigde	Vertegenwoordiger van de begunstigde	Bestemmingsland	Aanduiding op de verpakking
Designação do lote	Quantidade total (em toneladas)	Quantidades parciais (em toneladas)	Beneficiário	Representante do beneficiário	Pais destinatário	Inscrição na embalagem
B	300		Licross	Croissant-Rouge algérien, 15 bis boulevard Mohamed V, Alger (tél.: 264-57 27 28; télex: hihui 67 356 ou 66 442 CRA DZ)	Algérie	Action n° 1244/90 / (°) / Riz / Action de la Ligue des sociétés de la Croix-Rouge et du Croissant-Rouge (Licross) / Don de la Communauté économique européenne / Pour distribution gratuite / Alger
C	100		Licross	Croissant-Rouge tunisien, 19, rue d'Angleterre, Tunis 1000 (tél.: 240 630; télex: 14 524 HILAL TN)	Tunisie	Action n° 1262/90 / (°) / Riz blanchi usine / Action de la Ligue des sociétés de la Croix-Rouge et du Croissant-Rouge (Licross) / Don de la Communauté économique européenne / Pour distribution gratuite / Tunis
D	200		Licross	Red Crescent Society of the Yemen Arab Republic, Head Office, Building No 10, Street 26 September, Sana'a, Yemen Arab Republic (tel. 20 31 31/32/33; telex 3124 HILAL YE)	Yemen Arab Republic	Action No 1274/90 / (°) / Rice / Gift of the European Economic Community / Action of the League of Red Cross and Red Crescent Societies (Licross) / For free distribution / Sana'a

Designación del lote	Cantidad total del lote (en toneladas)	Cantidades parciales (en toneladas)	Beneficiario	Representante del beneficiario	País destinatario	Inscripción en el embalaje
Parti	Totalmenge (tons)	Delmenge (tons)	Modtager	Modtagers repræsentant	Modtagerland	Emballagens påtegning
Bezeichnung der Partie	Gesamtmenge der Partie (in Tonnen)	Teilmengen (in Tonnen)	Empfänger	Vertreter des Begünstigten	Bestimmungsland	Aufschrift auf der Verpackung
Χαρακτηρισμός της παρτίδας	Συνολική ποσότητα της παρτίδας (σε τόνους)	Μερικές ποσότητες (σε τόνους)	Δικαιούχος	Εκπρόσωπος του δικαιούχου	Χώρα προορισμού	Ένδειξη επί της συσκευασίας
Lot	Total quantity (in tonnes)	Partial quantities (in tonnes)	Beneficiary	Representative of the recipient	Recipient country	Markings on the packaging
Désignation du lot	Quantité totale du lot (en tonnes)	Quantités partielles (en tonnes)	Bénéficiaire	Représentant du bénéficiaire	Pays destinataire	Inscription sur l'emballage
Designazione della partita	Quantità totale della partita (in tonnellate)	Quantitativi parziali (in tonnellate)	Beneficiario	Rappresentante del beneficiario	Paese destinatario	Iscrizione sull'imballaggio
Aanduiding van de partij	Totale hoeveelheid van de partij (in ton)	Deelhoeveelheden (in ton)	Begünstigde	Vertegenwoordiger van de begunstigde	Bestemmingsland	Aanduiding op de verpakking
Designação do lote	Quantidade total (em toneladas)	Quantidades parciais (em toneladas)	Beneficiário	Representante do beneficiário.	País destinatário	Inscrição na embalagem
H	200		Licross		Tunisie	Action n° 1267/90 / (°) / Froment dur / Action de la Ligue des sociétés de la Croix-Rouge et du Croissant-Rouge (Licross) / Don de la Communauté économique européenne / Pour distribution gratuite / Tunis
I	200		Licross		Tunisie	Action n° 1263/90 / (°) / Froment tendre / Action de la Ligue des sociétés de la Croix-Rouge et du Croissant-Rouge (Licross) / Don de la Communauté économique européenne / Pour distribution gratuite / Tunis
K	23 716	K 1 : 9 000	Euronaid		Sudan	Action No 57/91 / Wheat / Sudan / 911113 / Port Sudan
		K 2 : 10 000	Euronaid		Sudan	Action No 58/91 / Wheat / Sudan / 915406 / Port Sudan
		K 3 : 4 716	Euronaid		Sudan	Action No 59/91 / Wheat / Sudan / 917403 / Port Sudan

(°) Una media luna roja con las puntas orientadas hacia la derecha.

(°) En rød halvmåne, hvis spidser vendt mod højre.

(°) Ein Halbmond, dessen Enden nach rechts gerichtet sind.

(°) Ερυθρή ημισέληνος με τα άκρα προσανατολισμένα προς τα δεξιά.

(°) A red crescent with the points facing to the right.

(°) Un croissant rouge, pointes orientées vers la droite.

(°) Una mezzaluna rossa con le punte rivolte verso la destra.

(°) Een rode halve maan, waarvan de punten naar rechts zijn gericht.

(°) Um crescente vermelho com as pontas orientadas para a direita.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 991/91 DER KOMMISSION

vom 23. April 1991

mit endgültigen Maßnahmen betreffend die Erteilung von EHM-Lizenzen im Sektor Rindfleisch für den Handelsverkehr mit Spanien

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals, insbesondere auf Artikel 85 Absatz 3,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 569/86 des Rates vom 25. Februar 1986 zur Festlegung der Grundregeln für die Anwendung des ergänzenden Handelsmechanismus⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3296/88⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 7 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 4026/89 der Kommission vom 22. Dezember 1989 zur Festlegung der Grundregeln für die Anwendung des ergänzenden Mechanismus im Handel mit Rindfleisch zwischen der Gemeinschaft in ihrer Zusammensetzung vom 31. Dezember 1985 und Spanien⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 840/91⁽⁴⁾, ist der jährliche Richtplafond für die Einfuhr bestimmter Erzeugnisse des Rindfleischsektors nach Spanien festgesetzt worden.

Mit den EHM-Lizenzen, die infolge der in der Woche vom 11. bis 15. März 1991 gestellten Anträge erteilt worden sind, ist der für das erste Vierteljahr 1991 geltende Teil des Richtplafonds für frisches oder gekühltes Fleisch erschöpft worden.

Die Kommission hat deshalb im Dringlichkeitsverfahren mit der Verordnung (EWG) Nr. 657/91⁽⁵⁾ die erforder-

lichen Sicherungsmaßnahmen getroffen. Es müssen noch die endgültigen Maßnahmen erlassen werden ; eine Erhöhung des Richtplafonds ist unter Berücksichtigung der Lage auf dem spanischen Markt nicht in Betracht zu ziehen.

Damit eine Störung des spanischen Marktes ausgeschlossen wird, sind die vorgenannten Sicherungsmaßnahmen als endgültige Maßnahmen im Sinne von Artikel 85 Absatz 3 der Beitrittsakte zu bestätigen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Rindfleisch —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Für frisches oder gekühltes Rindfleisch

1. wird die Erteilung von EHM-Lizenzen für die in der Woche vom 11. bis 15. März 1991 gestellten Anträge endgültig ausgesetzt ;
2. können EHM-Lizenzen ab 18. März 1991 erneut beantragt werden.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. April 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 55 vom 1. 3. 1986, S. 106.⁽²⁾ ABl. Nr. L 293 vom 27. 10. 1988, S. 7.⁽³⁾ ABl. Nr. L 382 vom 30. 12. 1989, S. 62.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 85 vom 5. 4. 1991, S. 23.⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 73 vom 20. 3. 1991, S. 17.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 992/91 DER KOMMISSION

vom 23. April 1991

zur Änderung der Verordnungen (EWG) Nr. 1105/68 und (EWG) Nr. 1634/85
hinsichtlich der für Magermilch und Magermilchpulver zu Futterzwecken zu
gewährenden Beihilfen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates
vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Milch und Milcherzeugnisse ⁽¹⁾, zuletzt geändert
durch die Verordnung (EWG) Nr. 3641/90 ⁽²⁾, insbeson-
dere auf Artikel 10 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Artikel 2a der Verordnung (EWG) Nr. 986/68 des Rates
vom 15. Juli 1968 zur Festlegung der Grundregeln für die
Gewährung von Beihilfen für Magermilch und Mager-
milchpulver für Futterzwecke ⁽³⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 1115/89 ⁽⁴⁾, bestimmt die zur
Berechnung dieser Beihilfen benötigten Bestandteile.

Die jüngste Entwicklung des Marktes für Magermilch und
Magermilchpulver ermöglicht es, die Beihilfen zu senken.
Aus diesem Grund sollten Artikel 1a Absatz 3 der Verord-
nung (EWG) Nr. 1105/68 der Kommission vom 27. Juli
1968 über Durchführungsbestimmungen zur Gewährung
von Beihilfen für Magermilch für Futterzwecke ⁽⁵⁾, zuletzt
geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2870/90 ⁽⁶⁾,
sowie Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1634/85 der

Kommission vom 17. Juni 1985 zur Festsetzung der
Beihilfe für Magermilch und Magermilchpulver zu Futter-
zwecken ⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG)
Nr. 2870/90, geändert werden.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen
entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsaus-
schusses für Milch und Milcherzeugnisse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

In Artikel 1a Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr.
1105/68 wird der Betrag „56,82 ECU“ durch den Betrag
„52,74 ECU“ ersetzt.

Artikel 2

In Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1634/85 wird der
Betrag „5,68 ECU“ durch den Betrag „5,27 ECU“ und der
Betrag „70 ECU“ durch den Betrag „65 ECU“ ersetzt.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. April 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 362 vom 27. 12. 1990, S. 5.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 169 vom 18. 7. 1968, S. 4.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 118 vom 29. 4. 1989, S. 7.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 184 vom 29. 7. 1968, S. 24.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 275 vom 5. 10. 1990, S. 19.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 158 vom 18. 6. 1985, S. 7.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 993/91 DER KOMMISSION

vom 23. April 1991

über die Durchführungsbestimmungen für die Gewährung von Beihilfen für die private Lagerhaltung lagerfähiger Käsesorten

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 804/68 des Rates vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisation für Milch und Milcherzeugnisse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3641/90 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 3 und auf Artikel 28,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 508/71 des Rates ⁽³⁾ kann die Gewährung einer Beihilfe für die private Lagerhaltung bestimmter lagerfähiger Käsesorten beschlossen werden, wenn ernste Störungen des Marktgleichgewichts durch eine saisonale Lagerung beseitigt oder vermindert werden können.

Zu den saisonalen Schwankungen bei der Erzeugung von Emmentaler und Greyerzer Käse kommen erschwerend die entgegengesetzt verlaufenden Schwankungen beim Verbrauch dieser Käsesorten hinzu. Doch es sollte eine saisonale Lagerung von Mengen durchgeführt werden, die dem Unterschied zwischen der Erzeugung der Sommermonate und der Erzeugung der Wintermonate entsprechen.

Hinsichtlich der Durchführungsbestimmungen für diese Maßnahme empfiehlt es sich, die für eine entsprechende Maßnahme während der vorhergehenden Jahre angewandten Durchführungsbestimmungen im wesentlichen zu übernehmen.

Unter Berücksichtigung der mit der Kontrolle erworbenen Erfahrung sollten die diesbezüglichen Vorschriften, insbesondere hinsichtlich der vorzulegenden Geschäftspapiere und der an Ort und Stelle durchzuführenden Überprüfungen, genauer gefaßt werden. Wegen dieser neuen Anforderungen sollten die Mitgliedstaaten vorsehen können, daß die Kontrollkosten ganz oder teilweise zu Lasten des Vertragsinhabers gehen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Milch und Milcherzeugnisse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Für die private Lagerhaltung von 20 150 Tonnen in der Gemeinschaft hergestelltem Emmentaler und Greyerzer

Käse, die die in den Artikeln 2 und 3 festgelegten Voraussetzungen erfüllen, wird eine Beihilfe gewährt.

Artikel 2

(1) Die Interventionsstelle schließt nur dann einen Lagervertrag, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind :

- a) die Käsepartie, die Gegenstand eines Lagervertrags ist, besteht aus mindestens 5 Tonnen ;
- b) auf den Käseläuben werden in unauslöschlichen Buchstaben der Herstellungsbetrieb (gegebenenfalls in Form einer Nummer), der Herstellungstag und der Herstellungsmonat angegeben ;
- c) der Käse ist mindestens 10 Tage vor dem im Vertrag angegebenen Einlagerungsdatum hergestellt worden ;
- d) der Käse ist einer Qualitätsprüfung unterworfen worden, die ergeben hat, daß nach seiner Reifungszeit seine Einstufung wie folgt gewährleistet ist :
 - in Frankreich als „Premier choix”,
 - in Deutschland als Markenkäse oder Klasse „fein”,
 - in Dänemark als erste Qualität,
 - in Irland als „Special Grade” ;
- e) der Lagerhalter verpflichtet sich :

— den Käse während der gesamten Lagerzeit in einem Raum mit einer Höchsttemperatur zu lagern, wie sie in Absatz 2 angegeben ist ;

— die Zusammensetzung der unter Vertrag stehenden Partie während der Dauer des Lagervertrags nur mit Genehmigung der Interventionsstelle zu verändern. Vorbehaltlich der Einhaltung der Bedingung hinsichtlich der je Partie festgesetzten Mindestmenge kann die Interventionsstelle die Änderung genehmigen, wenn sie sich aufgrund der Feststellung, daß die Verschlechterung seiner Qualität eine weitere Lagerung nicht zuläßt, auf die Auslagerung oder den Austausch dieses Käses beschränkt.

Im Falle der Auslagerung bestimmter Mengen

- i) gilt der Vertrag als nicht geändert, wenn die genannten Mengen mit Genehmigung der Interventionsstelle ausgetauscht werden,
- ii) gilt der Vertrag als von Anfang an über die verbliebene Menge abgeschlossen, wenn die genannten Mengen nicht ersetzt werden.

Die durch diese Änderung gegebenenfalls entstehenden Kontrollkosten gehen zu Lasten des Lagerhalters ;

— Bestandsbücher zu führen und der Interventionsstelle jede Woche die Eingänge der Vorwoche sowie die voraussichtlichen Ausgänge zu melden.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 13.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 362 vom 27. 12. 1990, S. 5.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 58 vom 11. 3. 1971, S. 1.

(2) Die Temperatur in den Lagerräumen beträgt für Emmentaler höchstens + 6 °C, für Greyerzer Käse höchstens + 10 °C. Die Mitgliedstaaten werden ermächtigt, auch für Emmentaler eine Höchsttemperatur von + 10 °C in den Fällen zuzulassen, in denen dieser Käse, wenn für ihn ein Lagervertrag abgeschlossen wird, bereits vorher ausgereift ist.

(3) Der Lagervertrag

- a) wird schriftlich geschlossen und legt den Beginn der vertraglichen Lagerung fest. Der frühestmögliche Termin ist der Tag nach der Einlagerung der Käsepartie, auf die sich der Vertrag bezieht;
- b) wird nach der Einlagerung der Käsepartie geschlossen, auf die sich der Vertrag bezieht, spätestens jedoch 40 Tage nach Beginn der vertraglichen Lagerung.

Artikel 3

(1) Eine Beihilfe wird nur für Käse gewährt, der während des Einlagerungszeitraums eingelagert worden ist; dieser beginnt am 1. Mai 1991 und endet spätestens am 30. September desselben Jahres.

(2) Der eingelagerte Käse kann nur während des Auslagerungszeitraums ausgelagert werden; dieser beginnt am 1. Oktober 1991 und endet am 31. März des darauffolgenden Jahres.

Artikel 4

(1) Der Beihilfebetrug wird auf 2,13 ECU je Tonne und Tag festgesetzt. Seine Umrechnung in nationale Währung erfolgt mit Hilfe des am letzten Tag der Vertragslagerung gültigen repräsentativen Kurses.

(2) Es wird keine Beihilfe gewährt, wenn die vertragliche Lagerzeit weniger als 90 Tage beträgt. Der Höchstbetrag der Beihilfe darf den einer vertraglichen Lagerzeit von 180 Tagen entsprechenden Betrag nicht überschreiten.

Abweichend von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e) zweiter Gedankenstrich kann der Lagerhalter nach Ablauf des im ersten Unterabsatz genannten Zeitraums von 90 Tagen und nach Beginn der in Artikel 3 Absatz 2 genannten Auslagerungsfrist eine unter Vertrag stehende Partie ganz oder teilweise auslagern.

Die Menge, die ausgelagert werden darf, beträgt mindestens 500 kg. Die Mitgliedstaaten können diese Menge jedoch bis auf zwei Tonnen erhöhen.

Der Tag des Beginns der Auslagerung der Käsepartie, die Gegenstand des Lagervertrags ist, gehört nicht zur vertraglichen Lagerzeit.

Artikel 5

Die in dieser Verordnung genannten Fristen, Zeitpunkte und Termine werden gemäß der Verordnung (EWG, Euratom) Nr. 1182/71 des Rates⁽¹⁾ festgelegt.

Artikel 3 Absatz 4 der letztgenannten Verordnung gilt nicht für die Festlegung der in der vorliegenden Verordnung genannten Fristen.

(1) ABl. Nr. L 124 vom 8. 6. 1971, S. 1.

Artikel 6

(1) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß die im Hinblick auf die Beihilfezahlung zu erfüllenden Bedingungen eingehalten werden.

(2) Der Vertragsinhaber hält für die mit der Kontrolle der Maßnahmen beauftragten einzelstaatlichen Behörden alle Unterlagen zur Verfügung, die es ihnen bezüglich der privat eingelagerten Erzeugnisse ermöglichen, insbesondere folgendes zu überprüfen:

- a) Eigentum zum Zeitpunkt der Einlagerung;
- b) Ursprung und Herstellungsdatum des Käses;
- c) Einlagerungstag;
- d) Vorhandensein im Lagerhaus;
- e) Tag der Auslagerung.

(3) Der Vertragsinhaber oder gegebenenfalls an seiner Stelle der Geschäftsführer des Lagerhauses führt eine Bestandsbuchhaltung, die im Lagerhaus zur Verfügung zu stehen hat und der folgendes zu entnehmen ist:

- a) Kennzeichnung der privat eingelagerten Erzeugnisse nach den Vertragsnummern;
- b) Tag der Ein- und der Auslagerung;
- c) Anzahl der Teilstücke und ihr Gewicht je Partie;
- d) Stelle, an der die Erzeugnisse im Lagerhaus gelagert sind.

(4) Die gelagerten Erzeugnisse müssen sich leicht identifizieren lassen und je Vertrag getrennt gelagert sein.

Der unter den Vertrag fallende Käse wird besonders markiert.

(5) Unbeschadet der Anwendung von Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e) nehmen die zuständigen Stellen bei der Einlagerung Kontrollen vor, um insbesondere die Beihilfefähigkeit der gelagerten Erzeugnisse sicherzustellen und einem Austausch von Erzeugnissen während der vertraglich vorgesehenen Lagerdauer vorzubeugen.

(6) Die mit der Kontrolle beauftragte einzelstaatliche Behörde überprüft

- a) ohne Vorankündigung das Vorhandensein der Erzeugnisse im Lagerhaus. Die entnommene Probe muß repräsentativ sein und sich auf mindestens 10 % der auf eine Beihilfemaßnahme zur privaten Lagerhaltung entfallenden Gesamtvertragsmenge erstrecken. Diese Überprüfung betrifft außerdem die Überprüfung der in Absatz 3 genannten Bestandsbuchhaltung, die Kontrolle des tatsächlichen Gewichts und die Art der Erzeugnisse sowie ihre Kennzeichnung. Die bezeichneten körperlichen Kontrollen erstrecken sich auf mindestens 5 % der der Überprüfung ohne Vorankündigung unterzogenen Menge;

- b) das Vorhandensein der Erzeugnisse am Ende der vertraglich vorgesehenen Lagerdauer.

(7) Über die nach den Absätzen 5 und 6 durchgeführten Kontrollen ist ein Bericht zu erstellen, in dem folgendes anzugeben ist:

- Datum der Überprüfung;
- Dauer der Überprüfung;
- durchgeführte Maßnahmen.

Der Kontrollbericht muß von der zuständigen Person unterzeichnet und vom Vertragsinhaber und gegebenenfalls vom Geschäftsführer des Lagerhauses gegengezeichnet werden.

(8) Werden bei 5 % und mehr der einer Kontrolle unterzogenen Erzeugnismengen Unregelmäßigkeiten festgestellt, wird die Kontrolle auf eine größere, von der zuständigen Stelle zu bestimmende Probe ausgedehnt.

Die Mitgliedstaaten teilen diese Fälle der Kommission innerhalb von vier Wochen mit.

(9) Die Mitgliedstaaten können vorsehen, daß die Kontrollkosten ganz oder teilweise zu Lasten des Vertragsinhabers gehen.

Artikel 7

Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission zum Dienstag jeder Woche mit:

- a) die Käsemengen, für die in der Vorwoche ein Lagervertrag abgeschlossen worden ist,
- b) gegebenenfalls die Mengen, für die die in Artikel 2 Absatz 1 Buchstabe e) zweiter Gedankenstrich genannte Genehmigung erteilt worden ist.

Artikel 8

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. April 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

VERORDNUNG (EWG) Nr. 994/91 DER KOMMISSION

vom 23. April 1991

zur Änderung der bei der Erstattung für Getreide anzuwendenden BerichtigungDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 des Rates
vom 29. Oktober 1975 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Getreide⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EWG) Nr. 3577/90⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 16
Absatz 4 zweiter Unterabsatz vierter Satz,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2746/75 des Rates
vom 29. Oktober 1975 über die Grundregeln für die
Gewährung von Erstattungen bei der Ausfuhr von
Getreide und über die Kriterien für die Festsetzung des
Erstattungsbetrags⁽³⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Der Betrag, um den die Erstattung für Getreide berichtigt
wird, ist durch die Verordnung (EWG) Nr. 695/91 der
Kommission⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 946/91⁽⁵⁾, festgesetzt worden.Aufgrund der heutigen cif-Preise und der heutigen cif-
Preise für Terminkäufe und unter Berücksichtigung der
voraussichtlichen Marktentwicklung ist es erforderlich,
den zur Zeit geltenden Betrag, um den die Erstattung für
Getreide berichtigt wird, abzuändern —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

*Artikel 1*Der Betrag, um den die nach Artikel 16 Absatz 4 der
Verordnung (EWG) Nr. 2727/75 im voraus festgesetzten
Erstattungen für Getreide zu berichtigen sind, festgesetzt
im Anhang der geänderten Verordnung (EWG) Nr.
695/91, wird wie im Anhang angegeben geändert.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 24. April 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. April 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission⁽¹⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 1.⁽²⁾ ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 23.⁽³⁾ ABl. Nr. L 281 vom 1. 11. 1975, S. 78.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 76 vom 22. 3. 1991, S. 21.⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 97 vom 18. 4. 1991, S. 8.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 23. April 1991 zur Änderung der bei der Erstattung
für Getreide anzuwendenden Berichtigung

(ECU / Tonne)

Erzeugniscode	Bestimmung ⁽¹⁾	laufender Monat 4	1. Term. 5	2. Term. 6	3. Term. 7	4. Term. 8	5. Term. 9	6. Term. 10
0709 90 60 000	—	—	—	—	—	—	—	—
0712 90 19 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1001 10 10 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1001 10 90 000	01	0	0	- 40,00	- 40,00	- 40,00	- 40,00	- 40,00
1001 90 91 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1001 90 99 000	01	0	0	0	- 30,00	- 30,00	- 30,00	- 30,00
1002 00 00 000	01	0	0	0	- 30,00	- 30,00	- 30,00	- 30,00
1003 00 10 000	01	0	0	- 30,00	- 30,00	- 30,00	- 30,00	- 30,00
1003 00 90 000	01	0	0	0	- 30,00	- 30,00	- 30,00	- 30,00
1004 00 10 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1004 00 90 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1005 10 90 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1005 90 00 000	01	0	0	0	0	—	—	—
1007 00 90 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1008 20 00 000	—	—	—	—	—	—	—	—
1101 00 00 100	01	0	0	- 30,00	- 30,00	- 30,00	- 30,00	- 30,00
1101 00 00 130	01	0	0	- 30,00	- 30,00	- 30,00	- 30,00	- 30,00
1101 00 00 150	01	0	0	0	- 30,00	- 30,00	- 30,00	- 30,00
1101 00 00 170	01	0	0	0	- 30,00	- 30,00	- 30,00	- 30,00
1101 00 00 180	01	0	0	0	- 30,00	- 30,00	- 30,00	- 30,00
1101 00 00 190	—	—	—	—	—	—	—	—
1101 00 00 900	—	—	—	—	—	—	—	—
1102 10 00 600	01	0	0	0	- 30,00	- 30,00	- 30,00	- 30,00
1102 10 00 900	—	—	—	—	—	—	—	—
1103 11 10 100	01	0	0	- 50,00	- 50,00	- 50,00	- 50,00	- 50,00
1103 11 10 200	01	0	0	- 50,00	- 50,00	- 50,00	- 50,00	- 50,00
1103 11 10 500	01	0	0	- 50,00	- 50,00	- 50,00	- 50,00	- 50,00
1103 11 10 900	01	0	0	- 50,00	- 50,00	- 50,00	- 50,00	- 50,00
1103 11 90 100	01	0	0	0	- 30,00	- 30,00	- 30,00	- 30,00
1103 11 90 900	—	—	—	—	—	—	—	—

⁽¹⁾ Die Bestimmungen sind folgende :

01 alle Drittländer.

NB : Die Zonen sind diejenigen, die in der Verordnung (EWG) Nr. 1124/77 der Kommission (ABl. Nr. L 134 vom 28. 5. 1977, S. 53), zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3049/89 (ABl. Nr. L 292 vom 11. 10. 1989, S. 10), bestimmt sind.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 995/91 DER KOMMISSION

vom 23. April 1991

zur Aufhebung der Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Gurken mit Ursprung auf den Kanarischen Inseln

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates
vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisa-
tion für Obst und Gemüse ⁽¹⁾ zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 3920/90 ⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 27 Absatz 2 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 894/91 der
Kommission ⁽³⁾ wird bei der Einfuhr von Gurken mit
Ursprung auf den Kanarischen Inseln eine Ausgleichsab-
gabe vorgesehen.

Für diese Produkte mit Ursprung auf den Kanarischen
Inseln hat es an sechs aufeinanderfolgenden Arbeitstagen
keine Notierungen gegeben. Die in Artikel 26 Absatz 1
der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 vorgesehenen Bedin-
gungen für die Aufhebung der Ausgleichsabgabe bei der
Einfuhr von Gurken mit Ursprung auf den Kanarischen
Inseln sind daher erfüllt —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Verordnung (EWG) Nr. 894/91 wird aufgehoben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 24. April 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. April 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 375 vom 31. 12. 1990, S. 17.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 90 vom 11. 4. 1991, S. 26.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 996/91 DER KOMMISSION
vom 23. April 1991
zur Aufhebung der Ausgleichsabgabe auf die Einfuhr von Gurken mit Ursprung
in Polen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates
vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisa-
tion für Obst und Gemüse ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 3920/90 ⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 27 Absatz 2 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 923/91 der
Kommission ⁽³⁾ wird bei der Einfuhr von Gurken mit
Ursprung in Polen eine Ausgleichsabgabe vorgesehen.

Für diese Erzeugnisse mit Ursprung in Polen hat es an
sechs aufeinanderfolgenden Arbeitstagen keine Notie-
rungen gegeben. Die in Artikel 26 Absatz 1 der Verord-
nung (EWG) Nr. 1035/72 vorgesehenen Bedingungen für
die Aufhebung der Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr von
Gurken mit Ursprung in Polen sind daher erfüllt —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Verordnung (EWG) Nr. 923/91 wird aufgehoben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 24. April 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. April 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 375 vom 31. 12. 1990, S. 17.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 92 vom 13. 4. 1991, S. 27.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 997/91 DER KOMMISSION**vom 23. April 1991****zur Aufhebung der Ausgleichsabgabe und Wiedereinführung des Präferenzzolls
bei der Einfuhr von Tomaten mit Ursprung in der Türkei**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates
vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisa-
tion für Obst und Gemüse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 3920/90⁽²⁾, insbesondere auf
Artikel 27 Absatz 2 zweiter Unterabsatz,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Aufgrund der Verordnung (EWG) Nr. 911/91 der
Kommission⁽³⁾ wurde eine auf Einfuhren von Tomaten
mit Ursprung in der Türkei anzuwendende Ausgleichsab-
gabe eingeführt und der Präferenzzoll bei der Einfuhr
dieser Erzeugnisse ausgesetzt.

Für die Erzeugnisse mit Ursprung in der Türkei hat es an
sechs aufeinanderfolgenden Arbeitstagen keine Notie-

rungen gegeben. Die in Artikel 26 Absatz 1 der Verord-
nung (EWG) Nr. 1035/72 vorgesehenen Bedingungen für
die Aufhebung der Ausgleichsabgabe bei der Einfuhr von
Tomaten mit Ursprung in der Türkei sind daher erfüllt.

Nach Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3671/81 des
Rates vom 15. Dezember 1981 über die Einfuhr
bestimmter Agrarerzeugnisse mit Ursprung in der Türkei
in die Gemeinschaft⁽⁴⁾, geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 1555/84⁽⁵⁾, wird der Präferenzzoll wiederein-
geführt, wenn die Ausgleichsabgabe ausgesetzt wird —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Verordnung (EWG) Nr. 911/91 ist aufgehoben.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 24. April 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. April 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 375 vom 31. 12. 1990, S. 17.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 91 vom 12. 4. 1991, S. 51.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 367 vom 23. 12. 1981, S. 9.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 150 vom 6. 6. 1984, S. 4.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 998/91 DER KOMMISSION

vom 23. April 1991

zur Festsetzung der Höhe der variablen Schlachtpremie für Schafe in Großbritannien und der Beträge, die auf die das Gebiet 1 verlassenden Erzeugnisse zu erheben sind

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 des Rates vom 25. September 1989 über die gemeinsame Marktorganisation für Schaf- und Ziegenfleisch⁽¹⁾, geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3577/90⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1633/84 der Kommission vom 8. Juni 1984 mit Durchführungsbestimmungen für die variable Schlachtpremie für Schafe und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2661/80⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1075/89⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 1 und Artikel 4 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Das Vereinigte Königreich ist der einzige Mitgliedstaat, der die variable Schlachtpremie im Gebiet 1 gemäß Artikel 22 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 zahlt. Die Kommission muß also für die am 1. April 1991 beginnende Woche die Höhe der Prämie und den Betrag festsetzen, der auf die dieses Gebiet verlassenden Erzeugnisse zu erheben ist.

Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1633/84 bestimmt, daß die Kommission die Höhe der variablen Schlachtpremie wöchentlich festsetzt.

Gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1633/84 wird der Betrag, der auf die das Gebiet 1 verlassenden Erzeugnisse erhoben wird, von der Kommission wöchentlich festgesetzt.

Im Anhang der Verordnung (EWG) Nr. 3618/89 der Kommission vom 1. Dezember 1989 zur Regelung der Begrenzung der Garantie für Schaf- und Ziegenfleisch⁽⁵⁾ sind die wöchentlichen Beträge des Leitniveaus gemäß Artikel 25 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 festgesetzt.

Gemäß Artikel 24 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 müssen die variablen Schlachtpremien für Schafe, die im Vereinigten Königreich als prämienfähig erklärt worden sind, in der am 1. April 1991 beginnenden Woche den in dem nachstehenden Anhang bestimmten Beträgen entsprechen. Nach Artikel 24 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 und Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1633/84 sind unter Berücksichtigung des vom Gerichtshof am 2. Februar 1988 gefällten Urteils in der Rechtssache 61/86 für dieselbe Woche Beträge festzusetzen, die gemäß dem genannten Anhang für die das Gebiet 1 verlassenden Erzeugnisse zu erheben sind.

Was die erforderliche Anwendungskontrolle der die genannten Beträge betreffenden Vorschriften angeht, so sollte das Kontrollverfahren gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 1633/84 vorbehaltlich spezifischerer gegebenenfalls ausgearbeiteter Vorschriften beibehalten werden —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Für Schafe und Schaffleisch, die in Großbritannien im Gebiet 1 gemäß Artikel 22 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 als für die variable Schlachtpremie berechtigt ausgewiesen sind, wird für die am 1. April 1991 beginnende Woche die Höhe der Prämie auf 66,761 ECU je 100 kg geschätztes oder tatsächlich festgestelltes Schlachtgewicht innerhalb der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b) der Verordnung (EWG) Nr. 1633/84 festgelegten Gewichtsgrenzen festgesetzt.

Artikel 2

Für die in Artikel 1 Buchstaben a) und c) der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 genannten Erzeugnisse, die in der am 1. April 1991 beginnenden Woche das Gebiet 1 verlassen, werden die zu erhebenden Beträge wie in dem Anhang angegeben festgesetzt.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 1. April 1991.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 289 vom 7. 10. 1989, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 23.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 154 vom 9. 6. 1984, S. 27.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 114 vom 27. 4. 1989, S. 13.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 351 vom 2. 12. 1989, S. 18.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. April 1991

Für die Kommission
Ray MAC SHARRY
Mitglied der Kommission

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 23. April 1991 zur Festsetzung der Höhe der variablen Schlachtprämie für Schafe in Großbritannien und der Beträge, die auf die das Gebiet 1 verlassenden Erzeugnisse zu erheben sind

(ECU/100 kg)

KN-Code	Beträge	
	A. Erzeugnisse, die für eine Prämie gemäß Artikel 24 der Verordnung (EWG) Nr. 3013/89 in Betracht kommen	B. In Artikel 4 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1633/84 genannte Erzeugnisse (1)
	Lebendgewicht	Lebendgewicht
0104 10 90	31,378	0
0104 20 90		0
	Eigengewicht	Eigengewicht
0204 10 00	66,761	0
0204 21 00	66,761	0
0204 50 11		0
0204 22 10	46,733	
0204 22 30	73,437	
0204 22 50	86,789	
0204 22 90	86,789	
0204 23 00	121,505	
0204 30 00	50,071	
0204 41 00	50,071	
0204 42 10	35,050	
0204 42 30	55,078	
0204 42 50	65,092	
0204 42 90	65,092	
0204 43 00	91,129	
0204 50 13		0
0204 50 15		0
0204 50 19		0
0204 50 31		0
0204 50 39		0
0204 50 51		0
0204 50 53		0
0204 50 55		0
0204 50 59		0
0204 50 71		0
0204 50 79		0
0210 90 11	86,789	
0210 90 19	121,505	
1602 90 71 :		
— mit Knochen	86,789	
— ohne Knochen	121,505	

(1) Diese verringerten Beträge dürfen angewandt werden, wenn die Bedingungen gemäß Artikel 5 Absatz 3 zweiter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1633/84 erfüllt sind.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 999/91 DER KOMMISSION

vom 23. April 1991

zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Weiß- und Rohzucker

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 464/91⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 16 Absatz 8,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die bei der Einfuhr von Weißzucker und Rohzucker zu erhebenden Abschöpfungen wurden mit der Verordnung (EWG) Nr. 3608/90 der Kommission⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 983/91⁽⁴⁾, festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr. 3608/90 enthaltenen Bestimmungen auf die Angaben, von denen die Kommission Kenntnis hat, führt zu einer Änderung der gegenwärtig gültigen Abschöpfungen wie im Anhang zu dieser Verordnung angegeben.

Um ein ordnungsgemäßes Funktionieren der Abschöpfungsregelung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der Abschöpfungen zugrunde zu legen:

- für Währungen, die untereinander zu jedem Zeitpunkt innerhalb einer maximalen Abweichung in Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-

nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichtungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2205/90⁽⁶⁾,

- für die übrigen Währungen ein Umrechnungskurs, der sich auf den Durchschnitt der im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, Reihe C, in einem bestimmten Zeitraum veröffentlichten Ecu-Umrechnungskurse stützt und auf den der im vorausgehenden Gedankenstrich genannte Koeffizient angewandt wird.

Diese Wechselkurse sind die am 22. April 1991 festgestellten Kurse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 16 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 genannten Abschöpfungen auf Rohzucker der Standardqualität und auf Weißzucker sind im Anhang festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 24. April 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. April 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 54 vom 28. 2. 1991, S. 22.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 350 vom 14. 12. 1990, S. 68.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 102 vom 23. 4. 1991, S. 17.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 9.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 23. April 1991 zur Festsetzung der Einfuhrabschöpfungen für Weiß- und Rohzucker

(ECU/100 kg)

KN-Code	Abschöpfungsbetrag
1701 11 10	39,70 ⁽¹⁾
1701 11 90	39,70 ⁽¹⁾
1701 12 10	39,70 ⁽¹⁾
1701 12 90	39,70 ⁽¹⁾
1701 91 00	43,94
1701 99 10	43,94
1701 99 90	43,94 ⁽²⁾

⁽¹⁾ Nach den Bestimmungen des Artikels 2 oder 3 der Verordnung (EWG) Nr. 837/68 der Kommission (ABl. Nr. L 151 vom 30. 6. 1968, S. 42) berechneter Abschöpfungsbetrag.

⁽²⁾ Dieser Betrag gilt gemäß Artikel 16 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 außerdem für aus Weiß- und Rohzucker gewonnenen Zucker, dem andere Stoffe als Aroma- oder Farbstoffe zugesetzt sind.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 1000/91 DER KOMMISSION

vom 23. April 1991

zur Änderung des Grundbetrags der Einfuhrabschöpfung für Sirupe und bestimmte andere Erzeugnisse des Zuckersektors

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 des Rates vom 30. Juni 1981 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 464/91⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 16 Absatz 8,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die Einfuhrabschöpfungen für Sirupe und andere Erzeugnisse des Zuckersektors wurden durch die Verordnung (EWG) Nr. 757/91 der Kommission⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 972/91⁽⁴⁾, festgesetzt.

Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr. 757/91 enthaltenen Bestimmungen auf die Angaben, von denen die Kommission Kenntnis hat, führt zu einer Änderung des zur Zeit gültigen Grundbetrags der Abschöpfung für Sirupe und andere Erzeugnisse des Zuckersektors, wie in dieser Verordnung angegeben.

Um ein normales Funktionieren der Abschöpfungsregelung zu ermöglichen, ist bei der Berechnung der Abschöpfungen zugrunde zu legen :

— für Währungen, die untereinander zu jedem Zeitpunkt innerhalb einer maximalen Abweichung in Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrech-

nungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichtigungskoeffizienten gemäß Artikel 3 Absatz 1 letzter Unterabsatz der Verordnung (EWG) Nr. 1676/85 des Rates⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2205/90⁽⁶⁾,

— für die übrigen Währungen ein Umrechnungskurs, der sich auf den Durchschnitt der im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, Reihe C, in einem bestimmten Zeitraum veröffentlichten Ecu-Umrechnungskurse stützt und auf den der im voraufgehenden Gedankenstrich genannte Koeffizient angewandt wird

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

Die Grundbeträge der Abschöpfung bei der Einfuhr der in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe d) der Verordnung (EWG) Nr. 1785/81 genannten Erzeugnisse, festgesetzt im Anhang der geänderten Verordnung (EWG) Nr. 757/91, werden gemäß den im Anhang zu dieser Verordnung genannten Beträgen abgeändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 24. April 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. April 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 177 vom 1. 7. 1981, S. 4.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 54 vom 28. 2. 1991, S. 22.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 81 vom 28. 3. 1991, S. 17.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 100 vom 20. 4. 1991, S. 29.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 9.

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 23. April 1991 zur Änderung des Grundbetrags der Einfuhrabschöpfung für Sirupe und bestimmte andere Erzeugnisse des Zuckersektors

(in ECU)

KN-Code	Grundbetrag je 1 v. H. Saccharosegehalt je 100 kg des betreffenden Erzeugnisses	Betrag der Abschöpfung für 100 kg Trockenstoff
1702 20 10	0,4394	—
1702 20 90	0,4394	—
1702 30 10	—	52,48
1702 40 10	—	52,48
1702 60 10	—	52,48
1702 60 90	0,4394	—
1702 90 30	—	52,48
1702 90 60	0,4394	—
1702 90 71	0,4394	—
1702 90 90	0,4394	—
2106 90 30	—	52,48
2106 90 59	0,4394	—

VERORDNUNG (EWG) Nr. 1001/91 DER KOMMISSION

vom 23. April 1991

zur Festsetzung der Beihilfe für Ölsaaten

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,

gestützt auf die Verordnung Nr. 136/66/EWG des Rates
vom 22. September 1966 über die Errichtung einer
gemeinsamen Marktorganisation für Fette ⁽¹⁾, zuletzt geän-
dert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3577/90 ⁽²⁾, insbe-
sondere auf Artikel 27 Absatz 4,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1678/85 des Rates
vom 11. Juni 1985 über die in der Landwirtschaft anzu-
wendenden Umrechnungskurse ⁽³⁾, zuletzt geändert durch
die Verordnung (EWG) Nr. 952/91 ⁽⁴⁾,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1569/72 des Rates
vom 20. Juli 1972 zur Einführung von Sondermaß-
nahmen für Raps- und Rübsensamen sowie Sonnenblu-
menkerne ⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EWG) Nr. 2206/90 ⁽⁶⁾, insbesondere auf Artikel 2
Absatz 3,

nach Stellungnahme des Währungsausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die in Artikel 27 der Verordnung Nr. 136/66/EWG
vorgesehene Beihilfe ist in der Verordnung (EWG)

Nr. 772/91 der Kommission ⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 985/91 ⁽⁸⁾ festgesetzt.

Aus der Anwendung der in der Verordnung (EWG)
Nr. 772/91 genannten Modalitäten auf die Angaben, über
die die Kommission gegenwärtig verfügt, ergibt sich, daß
die zur Zeit geltende Beihilfe wie in den Anhängen zu
dieser Verordnung angegeben zu ändern ist —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Die Höhe der Beihilfe und die Wechselkurse
gemäß Artikel 33 Absätze 2 und 3 der Verordnung (EWG)
Nr. 2681/83 der Kommission ⁽⁹⁾ sind in den Anhängen
festgesetzt.

(2) Die im Wirtschaftsjahr 1991/92 für Raps-, Rübsen-
samen sowie Sonnenblumenkerne gegebenenfalls im
voraus festzusetzende Beihilfe wird jedoch mit Wirkung
zum 24. April 1991 bestätigt oder ersetzt, um den im
genannten Wirtschaftsjahr 1991/92 geltenden Preisen und
flankierenden Maßnahmen sowie den Auswirkungen der
garantierten Höchstmengen Rechnung zu tragen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 24. April 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. April 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. 172 vom 30. 9. 1966, S. 3025/66.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 23.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 11.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 101 vom 22. 4. 1991, S. 43.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 167 vom 25. 7. 1972, S. 9.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 11.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 81 vom 28. 3. 1991, S. 62.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 102 vom 23. 4. 1991, S. 20.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 266 vom 28. 9. 1983, S. 1.

ANHANG I

Beihilfen für Raps- und Rübensamen, andere als „Doppelnul“-Sorten

(Beträge je 100 kg)

	laufender Monat 4	1. Term. 5	2. Term. 6	3. Term. 7 (¹)	4. Term. 8 (¹)	5. Term. 9 (¹)
1. Bruttobeihilfen (ECU):						
— Spanien	0,000	0,000	0,000	9,483	9,553	9,553
— Portugal	26,861	25,949	25,919	16,453	16,523	16,523
— Andere Mitgliedstaaten	18,891	18,979	18,949	9,483	9,553	9,553
2. Endgültige Beihilfen:						
Samen, geerntet und verarbeitet in:						
— Deutschland (DM)	44,47	44,68	44,61	22,32	22,49	22,49
— Niederlande (hfl)	50,11	50,34	50,26	25,15	25,34	25,34
— BLWU (bfrs/lfrs)	917,28	921,55	920,09	460,46	463,86	463,86
— Frankreich (ffrs)	149,16	149,85	149,61	74,87	75,43	75,43
— Dänemark (dkr)	169,64	170,43	170,16	85,16	85,78	85,78
— Irland (Ir £)	16,601	16,678	16,652	8,333	8,395	8,394
— Vereinigtes Königreich (£ Stg)	14,516	14,583	14,559	7,124	7,180	7,158
— Italien (Lit)	33 276	33 431	33 378	16 704	16 827	16 752
— Griechenland (Dr)	3 707,69	3 707,36	3 668,38	1 370,66	1 388,88	1 276,67
— Spanien (Pta)	0,00	0,00	0,00	1 583,24	1 593,47	1 575,57
— Portugal (Esc)	5 462,17	5 481,22	5 475,09	3 511,87	3 526,18	3 486,53

ANHANG II

Beihilfen für Raps- und Rübensamen „Doppelnul“

(Beträge je 100 kg)

	laufender Monat 4	1. Term. 5	2. Term. 6	3. Term. 7 (¹)	4. Term. 8 (¹)	5. Term. 9 (¹)
1. Bruttobeihilfen (ECU):						
— Spanien	0,000	0,000	0,000	11,983	12,053	12,053
— Portugal	28,361	28,449	28,419	18,953	19,023	19,023
— Andere Mitgliedstaaten	21,391	21,479	21,449	11,983	12,053	12,053
2. Endgültige Beihilfen:						
Samen, geerntet und verarbeitet in:						
— Deutschland (DM)	50,36	50,57	50,49	28,21	28,37	28,37
— Niederlande (hfl)	56,74	56,97	56,89	31,79	31,97	31,97
— BLWU (bfrs/lfrs)	1 038,67	1 042,94	1 041,48	581,85	585,25	585,25
— Frankreich (ffrs)	168,90	169,59	169,35	94,61	95,17	95,17
— Dänemark (dkr)	192,09	192,88	192,61	107,61	108,23	108,23
— Irland (Ir £)	18,798	18,875	18,849	10,530	10,592	10,590
— Vereinigtes Königreich (£ Stg)	16,465	16,531	16,508	9,073	9,129	9,107
— Italien (Lit)	37 679	37 834	37 781	21 107	21 231	21 155
— Griechenland (Dr)	4 264,96	4 264,62	4 225,64	1 927,92	1 946,14	1 833,93
— Spanien (Pta)	10,11	24,66	18,64	1 965,48	1 975,71	1 957,81
— Portugal (Esc)	5 983,86	6 002,91	5 996,78	4 033,56	4 047,87	4 008,22

(¹) Vorläufige Festsetzung, vorbehaltlich und in Erwartung der endgültigen Festsetzung der Preise, flankierenden Maßnahmen und der Auswirkungen der garantierten Höchstmengen im Wirtschaftsjahr 1991/92, insbesondere gemäß

- den von der Kommission für das Wirtschaftsjahr 1991/92 vorgeschlagenen Richtpreisen, monatlichen Erhöhungen, den Abschlägen für andere Raps- und Rübensamen als solche von Doppelnul-Sorten sowie den Anpassungen, die für den in Spanien geernteten Raps- und Rübensamen vorzunehmen sind;
- der Berichtigung, die sich aus den Auswirkungen der garantierten Höchstmengen ergibt, sowie den im Wirtschaftsjahr 1990/91 angewandten landwirtschaftlichen Umrechnungskursen.

ANHANG III

Beihilfen für Sonnenblumenkerne

(Beträge je 100 kg)

	laufender Monat 4	1. Term. 5	2. Term. 6	3. Term. 7	4. Term. 8 (1)
1. Bruttobeihilfen (ECU):					
— Spanien	29,220	28,485	28,485	28,485	22,365
— Portugal	38,171	37,455	37,455	37,455	29,481
— Andere Mitgliedstaaten	25,931	25,215	25,215	25,215	17,241
2. Endgültige Beihilfen:					
a) Kerne, geerntet und verarbeitet in (2):					
— Deutschland (DM)	61,05	59,36	59,36	59,36	40,59
— Niederlande (hfl)	68,78	66,88	66,88	66,88	45,73
— BLWU (bfrs/lfrs)	1 259,11	1 224,35	1 224,35	1 224,35	837,16
— Frankreich (ffrs)	204,74	199,09	199,09	199,09	136,13
— Dänemark (dkr)	232,86	226,43	226,43	226,43	154,82
— Irland (Ir £)	22,788	22,158	22,158	22,158	15,151
— Vereinigtes Königreich (£ Stg)	20,001	19,429	19,429	19,429	13,153
— Italien (Lit)	45 676	44 415	44 415	44 415	30 369
— Griechenland (Dr)	5 269,48	5 061,47	5 028,09	4 991,32	3 048,03
— Portugal (Esc)	8 028,94	7 884,01	7 884,01	7 879,03	6 233,41
b) Kerne, geerntet in Spanien und verarbeitet:					
— in Spanien (Pta)	4 580,44	4 475,31	4 473,83	4 467,76	3 560,64
— in einem anderen Mitgliedstaat (Pta)	4 640,30	4 538,01	4 536,56	4 530,65	3 634,16

(1) Vorläufige Festsetzung, vorbehaltlich und in Erwartung der endgültigen Festsetzung der Preise, flankierenden Maßnahmen und der Auswirkungen der garantierten Höchstmengen im Wirtschaftsjahr 1991/92, insbesondere unter Berücksichtigung:

- der von der Kommission für das Wirtschaftsjahr 1991/92 vorgeschlagenen Richtpreise, monatlichen Erhöhungen, der Abschläge für andere Raps- und Rübensamen als solche von Doppelnull-Sorten sowie der Anpassungen, die für den in Spanien geernteten Raps- und Rübensamen vorzunehmen sind;
- der Berichtigung, die sich aus den Auswirkungen der garantierten Höchstmengen sowie der im Wirtschaftsjahr 1990/91 angewandten landwirtschaftlichen Umrechnungskurse ergibt.

(2) Für die in den Mitgliedstaaten, mit Ausnahme von Spanien, geernteten und in Spanien verarbeiteten Kerne sind die Beträge unter Ziffer 2 Buchstabe a) mit 1,0186140 zu multiplizieren.

ANHANG IV

Umrechnungskurse des Ecu, die für die Umrechnung der endgültigen Beihilfen in die Währung des Verarbeitungslandes anzuwenden sind, wenn es sich dabei nicht um das Erzeugungsland handelt

(Wert von 1 ECU)

	laufender Monat 4	1. Term. 5	2. Term. 6	3. Term. 7	4. Term. 8	5. Term. 9
DM	2,062830	2,061040	2,059430	2,057990	2,057990	2,054700
hfl	2,323570	2,321740	2,319950	2,318520	2,318520	2,314080
bfrs/lfrs	42,428300	42,391300	42,353700	42,329000	42,329000	42,229100
ffrs	6,969980	6,965080	6,960160	6,955610	6,955610	6,941750
dkr	7,908610	7,908180	7,906340	7,904840	7,904840	7,901430
Ir £	0,772003	0,772260	0,773021	0,773568	0,773568	0,775926
£ Stg	0,689966	0,691035	0,692030	0,692801	0,692801	0,694400
Lit	1 530,66	1 532,39	1 534,24	1 535,59	1 535,59	1 541,62
Dr	223,87100	225,94600	227,93800	230,13200	230,13200	235,82200
Esc	179,70400	179,97500	180,32800	180,88400	180,88400	182,69100
Pta	127,24400	127,62400	127,95400	128,25500	128,25500	129,00700

VERORDNUNG (EWG) Nr. 1002/91 DER KOMMISSION

vom 23. April 1991

zur Festsetzung der Beihilfe für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und Portugals,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 des Rates vom 18. Mai 1982 über besondere Maßnahmen für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 3577/90⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 6 Buchstabe a),

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3540/85 der Kommission vom 5. Dezember 1985 mit Durchführungsbestimmungen für die besonderen Maßnahmen für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2249/90⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 26a Absatz 7,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Nach Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 wird für in der Gemeinschaft geerntete und zur Futtermittelherstellung verwendete Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen eine Beihilfe gewährt, wenn der Weltmarktpreis für Sojaschrot unter dem Auslöschungspreis liegt. Diese Beihilfe entspricht einem Teil der Differenz zwischen diesen Preisen. Dieser Teil der Differenz ist durch Artikel 3a der Verordnung (EWG) Nr. 2036/82 des Rates⁽⁵⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2206/90⁽⁶⁾, festgelegt worden.

Nach Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 wird für in der Gemeinschaft geerntete Erbsen, Puffbohnen und Ackerbohnen eine Beihilfe gewährt, wenn der Weltmarktpreis der Erzeugnisse unter dem Zielpreis liegt. Die Beihilfe ist gleich dem Unterschied zwischen diesen beiden Preisen.

Der Schwellenpreis für die Auslösung der Beihilfe für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen für das Wirtschaftsjahr 1990/91 wurde mit der Verordnung (EWG) Nr. 1189/90 des Rates⁽⁷⁾ festgesetzt. Nach Artikel 2a der Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 wird der Schwellenpreis für die Auslösung der Beihilferegulierung für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen ab dem Beginn des dritten Monats des Wirtschaftsjahres monatlich erhöht. Die monatlichen Zuschläge zum Auslösungsschwellenpreis wurden mit der Verordnung (EWG) Nr. 1191/90 des Rates⁽⁸⁾ festgesetzt.

Die Kürzung der Beihilfe, die sich gegebenenfalls aus der Anwendung der Regelung der garantierten Höchstmengen für das Wirtschaftsjahr 1990/91 ergibt, ist durch die Verordnung (EWG) Nr. 2510/90 der Kommission⁽⁹⁾ festgelegt worden.

Der vom Rat festgesetzte Schwellenpreis für die Auslösung der Beihilfe und der Mindestpreis werden mit der Verordnung (EWG) Nr. 1755/90 der Kommission vom 27. Juni 1990 zur Festsetzung des vom Rat in Ecu festgesetzten und wegen der Währungsneufestsetzung vom 5. Januar 1990 verringerten Schwellenpreises für die Auslösung der Beihilfe, des Zielpreises sowie des Mindestpreises für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen⁽¹⁰⁾ verringert.

Da der Auslösungsschwellenpreis, der Zielpreis für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen und die sich aus der Anwendung der garantierten Höchstmengen ergebende Beihilfenberichtigung für das Wirtschaftsjahr 1991/92 noch nicht festgesetzt sind, konnte die für das genannte Wirtschaftsjahr gegebenenfalls im voraus festzusetzende Beihilfe gemäß den Preisvorschlägen der Kommission erst vorläufig berechnet werden. Sie gilt deshalb nur vorläufig und muß bestätigt oder ersetzt werden, sobald bekannt ist, welche Preise und flankierenden Maßnahmen im Wirtschaftsjahr 1991/92 gelten und welche die Auswirkungen der garantierten Höchstmengen sind.

Gemäß Artikel 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 muß der Weltmarktpreis für Sojabohnen unter Zugrundelegung der günstigsten tatsächlichen Ankaufsmöglichkeiten unter Ausschluß derjenigen Angebote und Notierungen ermittelt werden, die nicht als repräsentativ für die tatsächliche Markttendenz angesehen werden können. Es müssen alle Angebote auf dem Weltmarkt sowie die Notierungen an den für den internationalen Handel wichtigen Börsenplätzen berücksichtigt werden.

Gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 2049/82 der Kommission⁽¹¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1238/87⁽¹²⁾, ist der Preis je 100 kg für Sojaschrot in loser Schüttung der in Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1464/86 des Rates⁽¹³⁾ festgelegten Standardqualität bei Lieferung nach Rotterdam festzusetzen. Bei den Angeboten und Notierungen, die den vorgenannten Bedingungen nicht entsprechen, müssen die erforderlichen Anpassungen, insbesondere diejenigen, die in Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 2049/82 vorgesehen sind, vorgenommen werden.

Um ein normales Funktionieren der Beihilferegulierung zu ermöglichen, sollte im Rahmen der Beihilfeberechnung

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 162 vom 12. 6. 1982, S. 28.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 23.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 342 vom 19. 12. 1985, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 203 vom 1. 8. 1990, S. 56.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 219 vom 28. 7. 1982, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 11.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 119 vom 11. 5. 1990, S. 37.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 119 vom 11. 5. 1990, S. 40.

⁽⁹⁾ ABl. Nr. L 237 vom 1. 9. 1990, S. 8.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 162 vom 28. 6. 1990, S. 18.

⁽¹¹⁾ ABl. Nr. L 219 vom 28. 7. 1982, S. 36.

⁽¹²⁾ ABl. Nr. L 117 vom 5. 5. 1987, S. 9.

⁽¹³⁾ ABl. Nr. L 133 vom 21. 5. 1986, S. 21.

— für Währungen, die untereinander innerhalb einer maximalen Abweichung in Höhe von 2,25 v. H. gehalten werden, ein Umrechnungssatz, der sich auf den Leitkurs dieser Währungen stützt, multipliziert mit dem Berichtigungsfaktor gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1677/85 des Rates⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2205/90⁽²⁾,

— für die übrigen Währungen ein Umrechnungskurs, der sich auf den Durchschnitt der im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, Reihe C, in einem bestimmten Zeitraum veröffentlichten Ecu-Umrechnungskurse stützt und auf den der im vorausgehenden Gedankenstrich genannte Berichtigungskoeffizient angewandt wird,

zugrunde gelegt werden.

In Anwendung von Artikel 121 Absatz 2 und Artikel 307 Absatz 2 der Beitrittsakte ist der Beihilfebetrags für in diesen Mitgliedstaaten geerntete und verarbeitete Erzeugnisse anzupassen, um der Auswirkung der Einfuhrzölle für Produkte aus Drittländern Rechnung zu tragen.

Der Weltmarktpreis für Erbsen, Puffbohnen und Ackerbohnen und der in Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 bezeichnete Beihilfebetrags wurden durch die Verordnung (EWG) Nr. 1834/90 der Kommission⁽³⁾ festgesetzt. Nach Artikel 2a der Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 wird der Zielpreis monatlich mit Beginn des dritten Monats des Wirtschaftsjahres erhöht.

Gemäß Artikel 26a der Verordnung (EWG) Nr. 3540/85 wird auf die Bruttobeihilfe in Ecu, die sich aus Artikel 3

der Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 ergibt, der Differenzbetrag gemäß Artikel 12a der Verordnung (EWG) Nr. 2036/82 angewandt. Danach wird die endgültige Beihilfe mit Hilfe des landwirtschaftlichen Umrechnungskurses des Mitgliedstaats, in dem die Erzeugnisse geerntet werden, in die Währung des Mitgliedstaats umgerechnet —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1

(1) Die Beihilfen gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1431/82 sind in den Anhängen festgesetzt.

(2) Die im Wirtschaftsjahr 1991/92 für Erbsen, Puffbohnen, Ackerbohnen und Süßlupinen gegebenenfalls im voraus festzusetzende Beihilfe wird jedoch mit Wirkung zum 24. April 1991 bestätigt oder ersetzt, um den für das genannte Wirtschaftsjahr festgesetzten Preisen und flankierenden Maßnahmen sowie den Auswirkungen der garantierten Höchstmengen Rechnung zu tragen.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 24. April 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. April 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 164 vom 24. 6. 1985, S. 6.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 201 vom 31. 7. 1990, S. 9.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 167 vom 30. 6. 1990, S. 94.

ANHANG I

Bruttobeihilfe

Als Nahrungsmittel und für gleichgestellte Zwecke zu verwendende Erzeugnisse :

(ECU/100 kg)

	laufender Monat 4	1. Term. 5	2. Term. 6	3. Term. 7 (!)	4. Term. 8 (!)	5. Term. 9 (!)	6. Term. 10 (!)
Erbsen, verwendet in :							
— Spanien	6,681	6,681	6,681	4,537	4,537	4,695	4,853
— Portugal	6,699	6,699	6,699	4,555	4,555	4,713	4,871
— einem anderen Mitgliedstaat	6,834	6,834	6,834	4,690	4,690	4,848	5,006
Erbsen, Puffbohnen und Ackerbohnen, verwendet in :							
— Spanien	6,834	6,834	6,834	4,690	4,690	4,848	5,006
— Portugal	6,699	6,699	6,699	4,555	4,555	4,713	4,871
— einem anderen Mitgliedstaat	6,834	6,834	6,834	4,690	4,690	4,848	5,006

Zur Verfütterung bestimmte Erzeugnisse :

(ECU/100 kg)

	laufender Monat 4	1. Term. 5	2. Term. 6	3. Term. 7 (!)	4. Term. 8 (!)	5. Term. 9 (!)	6. Term. 10 (!)
A. Erbsen, verwendet in :							
— Spanien	9,018	9,085	9,018	6,548	6,548	6,705	6,863
— Portugal	9,070	9,137	9,070	6,605	6,605	6,763	6,920
— einem anderen Mitgliedstaat	9,070	9,137	9,070	6,605	6,605	6,763	6,920
B. Puffbohnen und Ackerbohnen, verwendet in :							
— Spanien	9,018	9,085	9,018	6,548	6,548	6,705	6,863
— Portugal	9,070	9,137	9,070	6,605	6,605	6,763	6,920
— einem anderen Mitgliedstaat	9,070	9,137	9,070	6,605	6,605	6,763	6,920
C. Süßlupinen, geerntet in Spanien und verwendet in :							
— Spanien	10,671	10,761	10,671	9,087	9,087	9,087	9,087
— Portugal	10,740	10,830	10,740	9,163	9,163	9,163	9,163
— einem anderen Mitgliedstaat	10,740	10,830	10,740	9,163	9,163	9,163	9,163
D. Süßlupinen, in einem anderen Mitgliedstaat geerntet und verwendet in :							
— Spanien	10,671	10,761	10,671	9,087	9,087	9,087	9,087
— Portugal	10,740	10,830	10,740	9,163	9,163	9,163	9,163
— einem anderen Mitgliedstaat	10,740	10,830	10,740	9,163	9,163	9,163	9,163

ANHANG VIII

Den Beträgen in Anhang VII hinzuzufügende Berichtigungsbeträge

(Landeswährung/100 kg)

Verwendung der Erzeugnisse :	BLWU	DK	D	GR	ES	F	IRL	I	NL	PT	UK
Erzeugnisse, geerntet in :											
— Belgien/Luxemburg (bfrs/lfrs)	0,00	0,00	0,00	26,92	0,17	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
— Dänemark (dkr)	0,00	0,00	0,00	4,98	0,03	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
— Deutschland (DM)	0,00	0,00	0,00	1,31	0,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
— Griechenland (Dr)	0,00	0,00	0,00	135,30	0,87	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
— Spanien (Pta)	0,00	0,00	0,00	85,06	0,54	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
— Frankreich (ffrs)	0,00	0,00	0,00	4,38	0,03	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
— Irland (Ir £)	0,000	0,000	0,000	0,487	0,003	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000
— Italien (Lit)	0	0	0	977	6	0	0	0	0	0	0
— Niederlande (hfl)	0,00	0,00	0,00	1,47	0,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
— Portugal (Esc)	0,00	0,00	0,00	115,70	0,74	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
— Vereinigtes Königreich (£ Stg)	0,000	0,000	0,000	0,432	0,003	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000	0,000

ANHANG IX

Anzuwendender Umrechnungskurs

	BLWU	DK	D	GR	ES	F	IRL	I	NL	PT	UK
In Landeswährung, 1 ECU =	42,4032	7,84195	2,05586	222,838	127,270	6,89509	0,767417	1 538,24	2,31643	178,333	0,692558

(¹) Vorläufige Festsetzung, vorbehaltlich und in Erwartung der endgültigen Festsetzung der Preise, flankierenden Maßnahmen und der Anwendung der garantierten Höchstmengen im Wirtschaftsjahr 1991/92, insbesondere gemäß :

- den Vorschlägen der Kommission für das Wirtschaftsjahr 1991/92 hinsichtlich des Zielpreises, des Auslösungsschwellenpreises und der monatlichen Erhöhungen ;
- der Berichtigung, die sich aus der Anwendung der garantierten Höchstmengen ergibt, sowie den landwirtschaftlichen Umrechnungskursen im Wirtschaftsjahr 1990/91.

VERORDNUNG (EWG) Nr. 1003/91 DER KOMMISSION

vom 23. April 1991

zur Festsetzung des Beihilfebetrags für SojabohnenDIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Spaniens und
Portugals,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1491/85 des Rates
vom 23. Mai 1985 über Sondermaßnahmen für Soja-
bohnen⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EWG)
Nr. 3577/90⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 2 Absatz 7,

in Erwägung nachstehender Gründe :

Die in Artikel 2 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr.
1491/85 genannte Beihilfe ist mit der Verordnung (EWG)
Nr. 771/91 der Kommission⁽³⁾, geändert durch die
Verordnung (EWG) Nr. 819/91⁽⁴⁾; festgesetzt worden.Die Anwendung der in der Verordnung (EWG) Nr.
771/91 genannten Vorschriften und Durchführungsbe-
stimmungen auf die Unterlagen, über die die Kommis-sion gegenwärtig verfügt, erfordert eine Änderung der zur
Zeit geltenden Höhe der Beihilfe wie in dieser Verord-
nung angegeben —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN :

Artikel 1(1) Die in Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr.
1491/85 genannte Beihilfe ist im Anhang festgesetzt.(2) Die im Wirtschaftsjahr 1991/92 für Sojabohnen
gegebenenfalls im voraus festzusetzende Beihilfe wird
jedoch mit Wirkung zum 24. April 1991 bestätigt oder
ersetzt, um den im genannten Wirtschaftsjahr geltenden
Preisen und flankierenden Maßnahmen sowie den
Auswirkungen der garantierten Höchstmengen Rechnung
zu tragen.*Artikel 2*

Diese Verordnung tritt am 24. April 1991 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. April 1991

Für die Kommission

Ray MAC SHARRY

*Mitglied der Kommission***ANHANG****zur Verordnung der Kommission vom 23. April 1991 zur Festsetzung des Beihilfebetrags
für Sojabohnen***(ECU/100 kg)*

	Laufender Monat 4	1. Term. 5	2. Term. 6	3. Term. 7	4. Term. 8	5. Term. 9 ⁽¹⁾
Samen, geerntet in :						
— Spanien	15,741	15,627	15,552	15,552	15,963	15,368
— einem anderen Mitgliedstaat	21,285	21,171	21,096	21,096	21,507	19,092

⁽¹⁾ Vorläufige Festsetzung, vorbehaltlich und in Erwartung der endgültigen Festsetzung der Preise, flankierenden Maßnahmen und der Auswirkungen der
garantierten Höchstmengen im Wirtschaftsjahr 1991/92, insbesondere gemäß :

— den von der Kommission für das Wirtschaftsjahr 1991/92 vorgeschlagenen Zielpreise ;

— der Berichtigung, die sich aus den Auswirkungen der garantierten Höchstmengen für das Wirtschaftsjahr 1990/91 ergibt.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 151 vom 10. 6. 1985, S. 15.⁽²⁾ ABl. Nr. L 353 vom 17. 12. 1990, S. 23.⁽³⁾ ABl. Nr. L 81 vom 28. 3. 1991, S. 60.⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 83 vom 3. 4. 1991, S. 12.

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

KOMMISSION

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 9. April 1991

über einen Antrag auf Erstattung von Antidumpingzöllen, die auf die Einfuhren bestimmter CD-Spieler mit Ursprung in Japan erhoben wurden

(Harman Deutschland)

(Nur der deutsche Text ist verbindlich)

(91/233/EWG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 des Rates
vom 11. Juli 1988 über den Schutz gegen gedumpte oder
subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen
Wirtschaftsgemeinschaft gehörenden Ländern⁽¹⁾, insbe-
sondere auf Artikel 16,

in Erwägung nachstehender Gründe :

A. VERFAHREN

- (1) Mit der Verordnung (EWG) Nr. 112/90⁽²⁾ führte der Rat einen endgültigen Antidumpingzoll auf die Einfuhren bestimmter CD-Spieler mit Ursprung in Japan und der Republik Korea ein. Der Antidumpingzoll wurde auf 32 % für die Waren mit Ursprung in Japan, darunter auch für die Waren der Firma Benytone Corporation, festgesetzt.
- (2) Im April 1990 stellte die Firma Harman Deutschland — unabhängiger Einführer mit Sitz in Heilbronn, Deutschland — einen Antrag auf Erstattung endgültiger Antidumpingzölle in Höhe von [...]

DM⁽³⁾, die bei der Einfuhr von CD-Spielern der Firma Benytone Corporation entrichtet worden waren. Die Antragstellerin übermittelte nicht alle erforderlichen Informationen, die zu der Feststellung notwendig sind, ob die erhobenen Zölle die tatsächliche Dumpingspanne überstiegen, wie dies in der Mitteilung der Kommission über die Erstattung der Antidumpingzölle vorgesehen ist⁽⁴⁾. Die Kommission räumte ihr eine Frist zur Ergänzung ihres Antrags ein. Da jedoch innerhalb dieser Frist keine zusätzlichen Informationen eingingen, wandte sich die Kommission direkt an den Ausführer, um ihn selbst über die geltenden Rechtsvorschriften und die Folgen einer mangelnden Mitarbeit für den Einführer zu unterrichten. Da der Ausführer dennoch keinerlei Informationen zu dem Normalwert und den Preisen aller seiner Lieferungen erteilte, die im Laufe der sechs Monate vor den betreffenden Einfuhren in die Gemeinschaft in den zollrechtlich freien Verkehr überführt wurden, teilte die Kommission der Antragstellerin mit, daß ihrem Antrag unter diesen Umständen nicht stattgegeben werden könnte.

- (3) Die Antragstellerin hatte Gelegenheit zur Stellungnahme.
- (4) Die Kommission unterrichtete die Mitgliedstaaten und gab ihre Stellungnahme zu der Frage ab. Kein Mitgliedstaat erhob Einwände.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 209 vom 2. 8. 1988, S. 1.
⁽²⁾ ABl. Nr. L 13 vom 17. 1. 1990, S. 21.

⁽³⁾ In dieser zur Veröffentlichung bestimmten Entscheidung wurden gemäß Artikel 8 der Verordnung (EWG) Nr. 2423/88 über die Wahrung des Geschäftsgeheimnisses bestimmte Zahlen nicht genannt.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. C 266 vom 22. 10. 1986, S. 2.

B. VORTRAG DER ANTRAGSTELLERIN

- (5) Die Antragstellerin machte im wesentlichen geltend, daß die erhobenen Zölle die tatsächliche Dumpingspanne überstiegen.

C. ZULÄSSIGKEIT

- (6) Der Antrag ist zulässig, da er in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des Antidumpingrechts der Gemeinschaft, insbesondere den Fristvorschriften, gestellt wurde.

D. BEGRÜNDETHEIT

- (7) Dem Antrag kann nicht stattgegeben werden, denn Antidumpingzölle können nur erstattet werden, wenn der Einführer den Nachweis erbringt, daß die tatsächliche Dumpingspanne niedriger als die erhobenen Antidumpingzölle oder gleich Null ist. Die Antragstellerin war nicht in der Lage, die erforderlichen Beweismittel für die Begründetheit ihres Antrags beizubringen, obgleich sie sich bemüht hatte, diese von dem Ausführer zu erhalten, dem dieser Sachverhalt anzulasten ist. Nach Ablauf der Frist für die Vorlage dieser Beweismittel mußte die

Kommission feststellen, daß die Voraussetzungen für die Gewährung einer Erstattung nicht erfüllt waren.

- (8) Folglich ist der Antrag abzulehnen —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Der Antrag der Firma Harman Deutschland auf Erstattung von Antidumpingzöllen wird abgelehnt.

Artikel 2

Diese Entscheidung ist an die Bundesrepublik Deutschland und die Firma Harman Deutschland, Händerstraße 1, D-7100 Heilbronn, gerichtet.

Brüssel, den 9. April 1991

Für die Kommission

Frans ANDRIESEN

Vizepräsident